

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

<p>Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36 Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer) Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944</p>	<p>Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein!</p>	<p>Erscheint wöchentlich am Freitag Bezugspreis: monatlich durch die Post 50 Pf.</p>
--	---	--

Rückblicke auf das Jahr 1928

III. Unsere Organisation. (Schluß.)



Wenn man die Auswirkung einer Gewerkschaftsorganisation knapp charakterisieren, so braucht man dazu drei Faktoren: Mitglieder, Finanzen, Lohnbewegungserfolge. Unser Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1928: 228 500.

Er stieg bis Ende des Jahres auf rund 255 000. Es ist also eine Zunahme von 26 500 festzustellen, also mehr denn 10 Proz. Das ist ein recht erfreulicher Erfolg, auf den wir stolz sein können. Noch erfreulicher ist, daß wir eine ganze Reihe von Sektionen haben, deren Mitgliederbestand bereits mehr denn 90 Proz. aller Beschäftigten umfaßt. Dafür verbleiben uns auf der anderen Seite noch einige dunkle Punkte, die dringend der „Erleuchtung“ bedürfen. Wir nennen hier insbesondere auch die Reichs- und Staatsarbeiter sowie einige Gruppen im Gesundheitswesen. Durch die Schaffung einer besonderen „Schwesternschaft“, die durch Beschlüsse der Reichsfachkommissionstagung in München im Juni 1928 erfolgte (und vom Verbandsvorstand gutgeheißen wurde), wird es möglich sein, insbesondere den Kreis unserer weiblichen Mitglieder der Reichssektion „Gesundheitswesen“ erheblich zu erhöhen. Alles in allem zeigt unsere Mitgliederbewegung ein glänzendes Bild der organisatorischen Tätigkeit. Durch Beschluß des Kölner Verbandstages ist auch in bezug auf die innere Organisation eine erhebliche Rationalisierung erfolgt. Einmal ist nunmehr Deutschland konsequent in Wirtschaftsbezirke aufgeteilt, zum andern ist durch Schaffung von Großfilialen und von besonderen Agitationsbezirken, die sich in der Regel um eine Filiale gruppieren, eine erhebliche Erleichterung und Vereinfachung unseres Organisationsapparates erfolgt. Wenn auch die Stimmung für eine besondere Beitragserhöhung auf dem Verbandstag nicht vorhanden war, so haben doch die erfolgreichen Lohnbewegungen sowie auch die steigende Mitgliederzahl dazu beigetragen, daß unser Vermögen sich weiterhin ansehnlich gesteigert hat. Unsere Finanzen sind ohne Zweifel kerngesund, und auch die enormen Kosten des Streiks der staatlichen Schleppschiffahrt haben daran nichts ändern können. Unser Gesamtvermögen der Organisation betrug zu Beginn des Jahres über sechs Millionen Mark. Trotz alledem bleibt es wünschenswert, daß unsere Kassenverhältnisse sich auch im neuen Jahre noch erheblich festigen, da die allgemein wirtschaftlichen und sonstigen Anforderungen dauernd in erheblicher Steigung begriffen sind. Durch die Gewerkschaften wurden allerhand wirtschaftliche Einrichtungen (Arbeiterbank, Bauhütten, Eigenhäuser usw.), so ist jede einzelne Gewerkschaft auch verpflichtet, sich an diesen wirtschaftlichen Unternehmungen zu beteiligen. Den Großorganisationen ex-

wächst insbesondere hier eine Aufgabe, die eine erhebliche Festlegung von Verbandsgeldern bedingt.

Wenn wir nun zum dritten Aktivposten unserer Organisation kommen, den Lohnbewegungen und ihren Erfolgen, so wird uns jeder Kollege bestätigen, daß wir allen Anlaß haben, nach wie vor recht unzufrieden zu sein. Als Grundlage unseres Strebens unserer gewerkschaftlichen Kämpfe müssen wir ansehen den Lebensgehalt. Von diesem Gesichtspunkte aus fehlt noch sehr viel! Anders, wenn wir die gesamten Lohnverhältnisse der deutschen Arbeiterschaft heranziehen. Da können wir mit einem gewissen Stolz darauf hinweisen, daß unsere Organisation zu den erfolgreichsten der deutschen Gewerkschaften zählt. Wir könnten das auch im einzelnen belegen, möchten aber auch unserem Reichsarbeitgeberverband hier nicht billige Triumphe vergönnen. Unsere Auffassung haben wir in fast allen Zentralauschüßstzungen wie auch unsere Wirtschaftsbezirksleiter in den bezirklichen Lohnbewegungen zum Ausdruck gebracht. Wir fordern eine Annäherung an die Bezahlung der ähnlich gearteten Beschäftigung der Beamten! So oft wie diese Parallele von Seiten des RAD. abgelehnt wird, werden wir sie wieder in den Vordergrund stellen. Denn es liegt hier gar kein Anlaß vor, eine grundsätzliche Unterscheidung zu machen zwischen den beamteten Kollegen und den Arbeitern.

Eine Reihe von Lohntarifabschlüssen lief am 1. Januar und läuft am 1. April 1929 ab. Es bedarf aller Anstrengungen, um zu erreichen, daß auch diesmal wieder eine Lohn-erhöhung durchgeführt wird; denn nur so kommen wir allmählich unserm gesteckten Ziel nahe, einen Lebenslohn und damit einen menschenwürdigen Lebensstandard zu erreichen.

Das Jahr 1928 war für unseren Verband ungemein reich an Konferenzen und Tagungen jeglicher Art. Abgesehen von den vorbereitenden Wirtschaftsbezirkskonferenzen für den Verbandstag fand eine Anzahl Fachkonferenzen statt, von denen wir nur erwähnen wollen den ersten Reichsvertretertag des RBA. in Stuttgart, ferner die Reichsfachkommissionstzung in München. Im allgemeinen können wir feststellen, daß fast alle diese Tagungen bei vorzüglicher Vorbereitung eine Fülle von Anregungen für unsere Kollegenschaft brachten, so daß die Agitation dadurch zweifellos viel Material gewonnen hat. Im neuen Jahre stehen uns zwei Zentralkonferenzen bevor, und zwar diejenige der Kammereiarbeiter sowie für die Reichssektion „Gesundheitswesen“. In beiden Fällen handelt es sich um eine Reihe von Fragen organisatorischer und agitatorischer Art, die geklärt werden müssen. Bei den Kammereiarbeitern wird auch die Frage der sozialen Zusatzarbeiten (im Sinne der neuen Verordnung für die Kommunen) eine erhebliche Rolle spielen. Für das Gesundheitswesen ist im verfloßenen Jahre erfreulich, daß endlich das

Unfallversicherungsgesetz eine Ausdehnung gemäß unserer Forderungen erlangt hat, ebenso wie die endlich eingerichtete Zusatzversorgungskasse für die Reichs- und Staatsarbeiter.

Das Jahr 1928 war, wie schon die letzten vorausgegangenen, ein Jahr heftiger Kämpfe um die Ferngasversorgung. Wir können sagen, daß wir die Ruhrgehaltigen fast auf der ganzen Linie zurückgeschlagen haben oder richtiger ausgedrückt, daß die Kommunen von der Notwendigkeit kommunaler Ferngasversorgung mehr und mehr überzeugt worden sind. Nur die Stadt Hannover macht eine unrühmliche Ausnahme. Wir hoffen aber, daß dieser Schönheitsfehler über kurz oder lang noch korrigiert werden kann. Nach den Vorgängen bei der Ruhrausspernung dürfte auch dem gleichgültigsten Steuerzahler und Konsumenten klar geworden sein, was ihm blühen würde, wenn die Ruhrgehaltigen auf die Gaserzeugung Deutschlands die Hand entscheidend hätten legen können. Darum wird auch im neuen Jahre der Kampf gegen die Ruhrfern gasversorgung auf der ganzen Linie beibehalten werden müssen. Unsere Reichssektion G. W. hat auf diesem Gebiet ungeheures Material zusammengetragen und in bezug auf Aufklärung zweifelsohne Muster-güliges geleistet, so daß nun endlich auch ziemlich alle Arbeitervertreter über die Gefahren aufgeklärt sein dürften, die der Allgemeinheit durch Ruhrfern gasversorgung drohen.

Die innere Umgestaltung unseres Verbandes ist durch Vergrößerung des Vorstandes auf dem Verbandstag sozusagen gegeben. Unser Kollege Polenske als dritter Vorsitzender hat die Leitung der „kommunalpolitischen Abteilung“ übernommen. Auch hier zeigt sich ein Arbeitsgebiet, das noch erhebliche Erweiterung mit sich bringt. Unsere Betriebsräteabteilung, die zwar seit vielen Jahren besteht, ist auf der Verbandsbeiratsitzung mit einem neuen Programm aufgetreten, das einstimmig genehmigt worden ist. Die erste Verbandsbeiratsitzung der neuen Verbandsperiode erfolgte Anfang Dezember 1928 in Karlsruhe. Wir haben darüber eingehend berichtet. Es genügt daher, darauf hinzuweisen, daß unserer Invalidenunterstützungskasse im Entwurf zugestimmt worden ist, nachdem dies allerdings bereits grundsätzlich auf dem Kölner Verbandstag geschähen. Sie soll jedoch erst vom 1. Juli 1929 ab in Kraft treten. Daß bei dieser Einrichtung wiederum Unkenrufe ertönten über den Kampfcharakter, darf alle Gewerkschafter nicht wundernehmen. Aber nach jahrzehntelangen Erfahrungen, wie sie z. B. die Buchdrucker mit dieser Kasse besitzen, bedeutet sie eine Stärkung des Kampfcharakters der Gewerkschaften, so daß dadurch der Mitgliederwechsel erheblich gemindert wird und unsere Kampftruppe sich ohne weiteres stärkt. Eine Erweiterung in bezug auf die Umzugsunterstützung hat gleichfalls dem Verbandsbeirat zugunsten der Mitglieder vorgelegen.

Wir werden im Laufe des Jahres wiederholt Gelegenheit nehmen müssen, die Tarifvertragsfrage grundsätzlich aufzurollen, zumal die Allgemeinverbindlichkeitserklärung gegenwärtig die verschiedensten Urteile in den Kreisen unserer Kollegenschaft hervorbringt. Ähnlich liegt es mit dem Gedanken des Entschoides unserer Lohnverträge im Zentral-aussch. Hierfür sprach sich in der letzten Wirtschaftsbezirksleiterkonferenz die große Mehrzahl unserer Kollegen aus. Die Frage wird jedoch erst bei Abschluß des neuen R. M. - G. akut werden.

Unsere Bildungsarbeit weist insoweit im neuen Jahre wiederum einen Fortschritt auf, als die Kurse seit November 1928 drei volle Wochen dauern. Dadurch wird es ermöglicht, die einzelne Materie gründlicher zu behandeln sowie den sozialpolitischen Fragen einigen Raum zu schaffen.

Unsere Presse hat einige weitere Fortschritte aufzuweisen in bezug auf die innere und äußere Gestaltung. Wir haben seit Anfang vorigen Jahres unsere Unterhaltungsbeilage vierseitig für jede Nummer der „Gewerkschaft“ und „Beamten-Gewerkschaft“ eingerichtet, die zumeist einem bestimmten Thema gewidmet ist. Die Beilage ist in den Kreisen

der Kollegenschaft, soweit wir das feststellen konnten, sehr gut aufgenommen worden und wird viel gelesen. Die Redaktion hat aber natürlich den Wunsch, daß nicht nur Unterhaltung und Wissen allgemeiner Art gelesen wird, sondern daß auch die informatorischen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aufsätze in unserer Presse volle Beachtung finden. Wir hoffen, daß das im neuen Jahre im stärkeren Maße der Fall ist und möchten um die bereitwillige Unterstützung, insbesondere auch aller Vertrauensleute unserer Organisation bitten, die sehr viel dazu beitragen können, unserer „Gewerkschaft“ die nötige Resonanz zu verschaffen. Der Mitarbeiterkreis ist gegenwärtig so ausgedehnt sowohl innerhalb des Verbandes als auch anderer sachkundiger Mitarbeiter auf den verschiedensten Gebieten, daß der Inhalt unserer Presse wohl den berechtigten Anforderungen unserer Kollegenschaft entspricht.

Inzwischen ist auch die Probenummer unserer neuen selbständigen Zeitschrift „Technik und Wirtschaft der Gemeinde- und Staatsbetriebe“ in die Hände eines großen Teils unserer Kollegen gelangt. Wir bitten um recht rege Teilsbearbeitung, damit sich die Zahl der Abonnenten steigert. Nummer 1 ist als Probenummer erschienen. Die Zeitschrift kostet für unsere Kollegen nur 10 Pf. (Herstellungspreis beträgt das Doppelte). Die Nummer hat dem Verbandsbeirat in Karlsruhe vorgelegen. Sie ist dort von allen Seiten freundlich aufgenommen worden. Wir erwarten zuversichtlich, daß alle Kollegen, die an der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung der Gemeinde- und Staatsbetriebe ein Interesse haben, die neue selbständige Zeitschrift bestellen. Im übrigen hoffen wir, daß alle Großfirmen zum mindesten für die Funktionäre der technischen Betriebe eine Bestellung vornehmen und den Betrag durch die Filialkassen decken.

Als Beilage für die „Gewerkschaft“ erschien erstmalig am 11. Januar das „Arbeitsrecht“, unsere neue Monatschrift für Betriebsräte und Vertrauensleute. Sie soll in der Hauptsache zusammenfassend das Arbeitsrecht sowie Entscheidungen und Schiedsprüche bringen. Das „Arbeitsrecht“ wird einstweilen der gesamten Auflage der „Gewerkschaft“ beigelegt, während für die „Beamten-Gewerkschaft“ besondere Auszüge für die Angestellten usw. in besonderen Rubriken vorgeesehen sind. Wir hoffen, daß diese Einrichtung die nötige Beachtung in unserem Leserkreis findet und daß die Kollegenschaft in dieser „Arbeitsrechts“-Beilage ein gutes Nachschlagewerk erhält.

Auf der Verbandsbeiratsitzung in Karlsruhe im Dezember 1928 ist bereits auf die Verschmelzungsbestrebungen hingewiesen worden. Leider ist durch den Verbandstag der Eisenbahner sowie durch die neuerdings erfolgte Auslegung ihres Verbandsbeirates eine nicht unerhebliche Erschwerung für den Zusammenschluß der drei Organisationen erfolgt. Ob und wie weit dadurch die Verschmelzung des Verkehrsbundes mit unserer Organisation als gesonderte Aktion sich entwickelt, dürfte sich in den nächsten Monaten bereits zeigen. Jedenfalls ist der Wille in weiten Kreisen unserer Mitglieder und auch der Verbandskörperschaften vorhanden, die Verschmelzung zu einer Großorganisation nicht aus den Augen zu lassen, zumal die öffentlich-rechtlichen Betriebe mit immer größerem Umfang insbesondere auch mit dem Verkehr zusammenhängen. Vor allen Dingen müssen baldmöglichst die leidigen Grenzstreitigkeiten in bezug auf Straßenbahn, Wasserbau usw. bereinigt werden. In dieses Kapitel fällt auch der notwendige Abschluß eines Kartellvertrages mit dem Metallarbeiterverband in bezug auf die Elektrizitätswerke.

Abschließend möchten wir sagen, daß unsere Organisation den Anforderungen der Zeit durchaus gewachsen ist. Andererseits muß aber der Wunsch aller Mitglieder und Funktionäre dahin gehen, am weiteren Ausbau unseres gewaltigen Werkes entscheidend mitzuwirken. Das neue Jahr bringt neue Kämpfe! Mit der steigenden Zahl unserer Kämpfer wird auch die Reihe unserer Erfolge wachsen.

Die Finanzkraft der Völker

In dem letzten Bericht des Reparationsagenten Parker Gilbert spielt der Goldbestand Deutschlands eine wichtige Rolle. Tatsache ist nun, daß der Goldbestand eines Landes maßgebend ist für die Stabilität seiner Währung. Aber wenn Parker Gilbert erklärt, daß die deutsche Reichsmark die stärkste Währung der Welt sei, so übersieht er hierbei ganz die Schwäche des deutschen Goldbestandes. Die Dinge liegen in Wirklichkeit doch so, daß Deutschland heute erst über 60 Proz. seines vorkriegsmäßigen Goldbestandes verfügt.

Der Weltgoldbestand betrug im Jahre 1913 rund 33,6 Milliarden Mark, im Jahre 1928 rund 47 Milliarden Mark. Auf Europa entfielen davon im Jahre 1913 rund 20,4 Milliarden Mark, im Jahre 1928 rund 18 Milliarden. Während sich der europäische Goldbestand trotz der Zunahme des Weltgoldbestandes um 14 Milliarden Mark um 2,4 Milliarden Mark verringert hat, hat sich der Goldbestand der Vereinigten Staaten von 8 Milliarden im Jahre 1913 auf 17,2 Milliarden im Jahre 1928 erhöht. Diese Feststellung ist zunächst wichtig. Zu bemerken ist hier noch, daß in diesen Goldbeständen nur die monetären Goldbestände, d. h., die ausgeprägten Münzen enthalten sind. Nicht eingerechnet ist das vorhandene Gold, soweit es sich unausgeschmolzen im Erz befindet oder in Schmuckstücken steckt.

Der deutsche Goldbestand betrug Ende 1928 rund 2,2 Milliarden Mark. Im Jahre 1924 bezifferte sich der deutsche Goldbestand auf 818 Millionen Mark und im Inflationsjahr 1923 auf 523 Millionen. Tatsächlich hat sich der deutsche Goldbestand seit der Inflation bedeutend gekessert, aber bei weitem noch nicht seine Vorkriegsstärke erreicht. Im Jahre 1913 betrug der deutsche Goldbestand 4 Milliarden Mark. Es fehlt also noch sehr viel daran.

Von allen europäischen Staaten hat nicht England, wie zumeist irrtümlich angenommen wird, sondern Frankreich den stärksten Goldbestand. Der französische Goldbestand betrug am 30. Juni 1928 rund 4,7 Milliarden Mark, der englische Goldbestand zu der gleichen Zeit 3,5 Milliarden. In der Vorkriegszeit bezifferte sich der französische Goldbestand auf 5,2 Milliarden und der englische auf 2,1 Milliarden, er war also geringer als der deutsche Goldbestand. In diesen Ziffern sind freilich nicht die Goldbestände der Kolonien enthalten. Wenn man diese hinzurechnet, dann hat das britische Weltreich den größten Goldbestand. Dies erklärt sich aus der Machtstellung, die England wirtschaftlich in dem britischen Weltreich einnimmt.

An vierter Stelle folgt dann Spanien, dessen Goldbestand heute 2 Milliarden Mark gegen 388 Millionen in der Vorkriegszeit, 1913, beträgt. Spanien hat seinen Goldbestand während des Krieges außerordentlich verbessern können. Seit 1920 sind nennenswerte Veränderungen nicht vor sich gegangen. Der italienische Goldbestand wird heute auf eine Milliarde beziffert. Im Jahre 1913 betrug er 1,2 Milliarden, so daß also eine Verringerung um 200 Millionen Mark eingetreten ist. Gegenüber der Vorkriegszeit hat der Goldbestand der Schweiz von 186 Millionen auf 360 Millionen, also um 174 Millionen Mark zugenommen. Zugunommen hat im übrigen der Goldbestand in allen denjenigen europäischen Ländern, die nicht am Kriege beteiligt waren. So der Goldbestand Schwedens von 128 Millionen auf 260 Millionen, der von Norwegen von 80 Millionen auf 165 Mil-

lionen, der Hollands von 285 auf 734 Millionen und der Goldbestand Dänemarks von 80 auf 204 Millionen Mark. Rußlands Goldbestand ist gegenüber der Vorkriegszeit am meisten zusammengeschmolzen. Der Goldbestand des europäischen Rußland wird heute auf 335 Millionen Mark beziffert, im Jahre 1913 betrug er 4,7 Milliarden Mark, einschließlich der inzwischen abgetretenen Gebiete Estland, Lettland, Litauen und Polen. Diese neugebildeten Staaten haben heute eine eigene Währung und der Goldbestand beträgt in Polen 267 Millionen Mark, in Lettland 20 Millionen, in Estland 6 Millionen und in Litauen 14 Millionen. Von den europäischen Staaten wären hier noch zu erwähnen, die Tschechoslowakei mit einem Goldbestand von 125 Millionen, Oesterreich mit 70 Millionen, Rumänien mit 125 Millionen, Irland mit 165 Millionen, Belgien mit 465 Millionen und Bulgarien mit 40 Millionen. Wesentlich verschlechtert gegen 1913 hat sich der Goldbestand in Bulgarien, Rumänien und Griechenland. Die goldschwachen Länder Europas sind heute Jugoslawien, Polen, Italien, Rußland, Estland und Albanien. Die Währung dieser Länder hat also eine schwache Deckung, so daß die Möglichkeit einer Inflation stets vor der Tür steht.

Zu wesentlich anderen Ergebnissen kommt man, wenn man die Goldbestände der außereuropäischen Staaten untersucht. Von dem Goldbestand der Vereinigten Staaten war schon die Rede. Einen guten Goldbestand hat Japan, der am 30. Juni 1928 rund 2,6 Milliarden Mark betrug. Bemerkenswert ist, daß sich der japanische Goldbestand seit 1924 ständig verringert. Er hat um 400 Millionen abgenommen. Im Jahre 1913 wurde der japanische Goldbestand auf 713 Millionen Mark beziffert. Der Goldbestand Kanadas wird beziffert mit 767 Millionen gegen 880 Millionen im Jahre 1924 und 600 Millionen im Jahre 1913. Australiens Goldbestand beträgt 950 Millionen, der Neuseelands 160 Millionen, der Argentinens 2,5 Milliarden, Brasiliens 545 Millionen, Chiles 300 Millionen und Ägyptens Goldbestand 80 Millionen Mark. Die Entwicklung verläuft hier in umgekehrter Richtung. Während sich der Goldbestand der meisten europäischen Länder gegen vor dem Kriege verringert hat, hat er sich hier erhöht. Der Goldbestand Brasiliens z. B. um 170 Millionen, der Argentinens um 1,2 Milliarden, der Chiles um 140 Millionen und der Australiens um 790 Millionen Mark.

Das sind die nackten Tatsachen. Auch eine Statistik im Jahresbericht der Reichskreditanstalt zeigt, wie wenig Gold in Deutschland ist. Nach dieser Statistik hat Frankreich heute mit 125 Mk. pro Kopf der Gesamtbevölkerung die höchsten Goldbestände, die Schweiz folgt mit 106 Mk., Holland mit 96 Mk., die Vereinigten Staaten 92 Mk., Großbritannien 73 Mk., Belgien 66 Mk. und dann erst kommt Deutschland mit 42 Mk. Wenn man Gold und Devisen zusammenrechnet, verschlechtert sich das Verhältnis Deutschlands zu den anderen Ländern noch erheblich. Auf Frankreich kommen dann 256 Mk. pro Kopf, auf die Vereinigten Staaten 92 Mk. und auf Deutschland nur 44 Mk. Deutschland wird selbst von Italien mit 70 Mk. noch übertroffen. Also auch unter diesen Gesichtspunkten ist es merkwürdig, weshalb Parker Gilbert die deutschen Goldbestände bei der Abfassung seines Berichtes herangezogen hat. Im Vergleich mit anderen Ländern schneidet Deutschland nicht günstig ab.

E. U.

Dumpingbekämpfung durch internationale Gewerkschaftsarbeit

Das Wort Dumping entstammt der amerikanischen Geschäftssprache. Schlug ein Kaufmann seine Ware ohne Rücksicht auf die Kosten, die sie ihm selbst verursacht hatte, also zu Verlustpreisen los, so hieß es, er treibt Dumping. Diese Fälle kamen und kommen keinesfalls so selten vor, wie man meinen sollte. Wenn ein unliebsamer Konkurrent aus dem Felde zu schlagen war, und seine Vernichtung den Preis lohnte, dann war und ist auch heute noch Verkauf zu Dumpingpreisen etwas alltägliches. Freilich kann ein Kaufmann oder auch ein Werk nicht dauernd Dumping treiben. Das würde seinen Ruin bedeuten. Es ist nur ein zeitbegrenztes Mittel zu einem bestimmten Zweck. So hastet schon dem Begriff Dumping etwas unanständiges, unfaires, wie der Engländer sagt, an. Dieser Beigeschmack ist ihm auch geblieben, als das Wort in die internationale Handelsprache einging. Hier spricht man von einem Dumping, wenn auf den ausländischen Märkten Waren billiger angeboten werden als im Erzeugerlande. Denn die dort erzielten Mindererlöse oder gar Verluste muß der heimische Konsument durch höhere Inlandspreise bezahlen. Darüber hinaus hat der Dumpingbegriff noch eine Erweiterung erfahren, die im

Sozialen wurzelt. Wenn ein bestimmter Industriezweig sich dadurch auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig macht, daß die Arbeitszeit erheblich länger ist, als im Konkurrenzland oder daß erheblich niedrigere Löhne gezahlt werden als dort, dann also, wenn die Konkurrenzfähigkeit auf Kosten der in dem betreffenden Industriezweig tätigen Arbeitnehmer geht, spricht man speziell von einem sozialen Dumping. Diese Unterscheidung wird zwar gemacht, ist aber gar nicht berechtigt. Denn in dem ersten Falle, daß ein Gewerbezug in Konkurrenzkampfe dadurch sieghaft bleiben will, daß er im Inlande für dasselbe Produkt höhere Preise nimmt als auf den ausländischen Märkten, wird der Kampf eben auf dem Rücken der Verbraucherschaft ausgetragen. Da aber das Hauptkontingent der Verbraucher ebenfalls Arbeitnehmer sind und die hohen Inlandspreise deren Realeinkommen ebenfalls vermindern, könnte auch diese Form des Dumping gern als soziales Dumping angesprochen werden.

Diese Erläuterung des Dumpingbegriffes zeigt schon, wie eng das gewerkschaftliche Interesse damit verknüpft ist. Gewerkschaftliches Ziel ist nun einmal Erhöhung des Reallohnes und Ver-

kürzung der Arbeitszeit. Da Dumpingmaßnahmen in entgegengesetzter Richtung wirken, finden sie die Gegnerschaft der Gewerkschaften. Damit allein aber ist es für den auf praktische Erfolge eingestellten Gewerkschaftspolitiker nicht getan. Es heißt Wege zur Verhütung und Abwehr von Dumpingmaßnahmen zeigen und wenn die Machtverhältnisse es gestatten, sie zu beschreiten.

Um zu zeigen, daß es sich hierbei durchaus nicht um national-ökonomische Lehrbuchweisheiten handelt, mag ein Beispiel angeführt werden, das die sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen von Dumpingmaßnahmen deutlich veranschaulicht. Im Handelsteil der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 15. Dezember 1928, einem ausgeprochenen Unternehmerblatt, lautete eine Meldung: „Die Schwedischen Staatsbahnen haben soeben 30 000 Tonnen westfälische Kohle zum Preise von 20,10 Shilling (etwa 20,10 Mk.) in Stockholm-Malmö gekauft.“ Es heißt, daß der Verkäufer, in diesem Falle das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat, die Kosten für Versicherung und Fracht bis zum Bestimmungshafen tragen muß. Die Fracht allein macht nun schon (je nachdem, welcher Weg eingeschlagen wird) 12 bis 15 Mk. pro Tonne aus. Da nur etwas über 20 Mk. bezahlt werden, gibt das Syndikat die Kohle zum Preise von 5 bis 8 Mk. an die Schwedischen Staatsbahnen ab. Der Inlandsverbraucher bezahlt aber ab Werk 16 Mk. pro Tonne. Ein anderer Fall. Die Tschechoslowakei ist heute zu einem Hauptproduktionslande von Schuhen geworden, weil Thomas Bata, fast der alleinige Eigentümer der dortigen Schuhfabriken, die Arbeitskraft der in seinen Fabriken Beschäftigten durch ein raffiniert ausgeklügeltes System bis zum äußersten anzuspannen weiß. Wie einwandfreie Dokumente (entnommen dem Buche „Der unbekannte Diktator Thomas Bata“, Seite 262 ff., Agis-Verlag, Wien-Berlin) beweisen, wird ohne Pause zwölf und mehr Stunden bei Hungerlöhnen gearbeitet, wie sie in den zivilisierten westeuropäischen Ländern gar nicht denkbar sind. Natürlich ist Bata Konkurrenzfähigkeit nur durch das ungeheure soziale Elend, das er seinen Arbeitern und Angestellten bereitet, gegeben. Dadurch aber schädigt er nicht nur diese, sondern auch die Schuhfabrikation der Konkurrenzländer, wo starke Gewerkschaften ähnliche Zustände zu verhindern wissen.

Wie soll nun dem sozialen Dumping im Interesse der Arbeitnehmerschaft entgegengewirkt werden? Man könnte verleitet werden, das wirksamste Heilmittel im Schutz Zoll zu suchen. Hierbei ist allerdings stets daran zu denken, daß dann das Land, gegen das sich der Zoll richtet, zu Gegenmaßnahmen greift, daß diese wieder mit neuen Zöllen beantwortet werden und somit statt einer wirtschaftlichen Annäherung nur eine weitere Zerklüftung Platz greift. Das entspricht keinesfalls dem Wirtschaftsziele der internationalen Arbeiterpolitik, womit allerdings die Anwendung von Schutzmaßnahmen über die Handelspolitik bei besonders krasse gelagerten Fällen nicht ohne weiteres zu verneinen ist.

Sind jedoch andere, mehr erfolgversprechendere Wege gangbar, dann sollen diese gegangen werden. Hier wären zu nennen bei einem Dumping auf Kosten erhöhter Inlandspreise die internationale Preisverständigung und beim ausgeprochenen sozialen Dumping internationale Bindungen in der Lohn- und Arbeitszeitgestaltung.

Die Anwendung von Dumpingmaßnahmen ergibt sich aus der Schärfe des Konkurrenzkampfes. Deshalb wird mit dessen Bekämpfung das Uebel an der Wurzel ausgerottet. Triff, um bei dem zuerst erwähnten Beispiel zu bleiben, keine zweite Kohlenlieferung auf dem schwedischen Markte auf, der die deutschen Preise unterbietet, um seine Ware abzusetzen, so würde es dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat nie einfallen, dort oben zu Verlustpreisen zu verkaufen und damit den heimischen Markt zu belasten. Die Forderung heißt deshalb Marktverständigung. Tatsächlich gehen ja auch starke Bestrebungen dahin, zwischen den Hauptkohlenlieferanten England und Deutschland eine Verständigung herbeizuführen. Sie finden die vollste Unterstützung der freien Gewerkschaften mit der Maßgabe, daß ihnen eine entsprechende Vertretung in dem zu bildenden internationalen Kartell eingeräumt wird. Hier liegen auch für andere Gebiete noch große Zukunftsaufgaben, die nur im internationalen Rahmen zu lösen sind und eine starke und zielbewußte Gewerkschaftsinternationale erfordern.

Der zweite Weg, das soziale Dumping unmöglich zu machen, ist die internationale Regelung von Lohn- und Arbeitszeit. Bestrebungen zur Festsetzung internationaler Mindestlöhne sind im Gange. Aber die Schwierigkeiten, die sich aus dem in den einzelnen Ländern ganz verschiedenen Daluta- und Preisstande ergeben, werden ungeheuer groß. Sie müssen Schritt für Schritt unter Mitwirkung des internationalen Arbeitsamtes aus dem Wege geräumt werden. Mag diese Arbeit auch noch Jahre

dauern, die Anfänge sind erfolgversprechend, und es heißt, kräftig weiter arbeiten. Die internationale Regelung der Arbeitszeit verkörpert sich in dem Worte „Washingtoner Abkommen“. Seine erdgültige Ratifizierung durch die Regierungen der bedeutendsten Industriestaaten ist notwendig, wenn es wirksam werden soll. Freilich ruft, ähnlich wie bei den unseligen Abkräftungsdebatten, jeder Staat dem anderen zu „Geh du voran“, aber dieser Ruf nimmt in dem Maße an Stärke ab, wie die Macht der organisierten Arbeitnehmer in den einzelnen Staaten zunimmt.

Diese ist aber nicht nur dazu erforderlich, sondern auch dann, wenn diese „internationalen Sozialgesetze“ einmal Wirklichkeit sind. Nicht darauf kommt es an, daß arbeitsfreundliche Gesetze bestehen, sondern vielmehr darauf, daß diese auch durchgeführt werden. Ihre Anwendung aber, so lehrt uns die Erfahrung, kann nicht nur unterbleiben, sondern auch ins Gegenteil verkehrt werden, wenn ihre sinnentsprechende Durchführung nicht von einem starken sozialen Willen getragen ist, und in welchem Maße der in einem Volke lebendig ist, prägt sich am sichersten in der Stärke seiner Arbeiterorganisationen aus.

F. D.

Die genossenschaftlichen Verbandsorganisationen in Deutschland

Daß ein Internationaler Genossenschaftsbund mit 35 Zentralorganisationen in 30 Ländern der Welt besteht, dem 35 bis 40 Millionen Mitglieder bzw. Haushaltungen angeschlossen sind, entwickelt Perspektiven, sozialen, wirtschaftlichen, sittlichen und — völkerpolitischen Inhalts, welche keine irgendwie andersgeartete Organisation ähnliches zur Seite setzen könnte.

Es dient deshalb der Förderung einer solchen einzigartigen Wirtschaftsorganisation, deren besondere soziale Eigentümlichkeit es ist, alle Bevölkerungsklassen in einer wirtschaftlichen Volksgemeinschaft zusammenzufassen, ohne dauernde Differenzen in ihrem Innern zu entwickeln, daß man sich zu Beginn einer neuen Jahresperiode über ihre organisatorische und wirtschaftliche Bedeutung im eigenen Lande, d. h. in Deutschland kurze Rechenschaft ablegt.

In Deutschland bestanden zu Ende des Jahres 1928 140 genossenschaftliche Zentral- und Revisionsverbände mit rund 160 Zentralgenossenschaften, welche 52 202 Einzelgenossenschaften mit rund neun Millionen Mitgliedern umfassen. Die Genossenschaftsbewegung ist also in Zentralen und Einzelgenossenschaften, ebenso nach der Mitgliederzahl das stärkste organisatorische Gebilde unserer Zeit.

- Von den Genossenschaftszentralen sind besonders bemerkenswert:
1. der im Jahre 1859 von Schulze-Delitzsch gegründete „Deutsche Genossenschaftsverband“ mit 32 Revisionsverbänden und 15 Zentralkassen mit rund 3500 Einzelgenossenschaften;
 2. der „Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften“ mit 15 Revisionsverbänden, 14 Zentralwarenanstalten, 3 Landesgenossenschaftsbanken und insgesamt 8700 Einzelgenossenschaften;
 3. der „Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften“ mit 27 Revisionsverbänden, 87 Zentralgenossenschaften und rund 27 000 Einzelgenossenschaften;
 4. der „Zentralverband deutscher Konsumvereine“ (Hamburg) mit 10 Revisionsverbänden, 1 Großeinkaufsgesellschaft, 58 Einkaufsvereinigungen und 1150 Einzelgenossenschaften;
 5. der „Reichsverband deutscher Konsumvereine“ (Köln a. Rh.) mit 9 Bezirksverbänden, 1 Großeinkaufsgesellschaft und 400 Einzelgenossenschaften;
 6. der „Hauptverband der deutschen Baugenossenschaften“ (Berlin) mit 10 Revisionsverbänden und rund 200 Einzelgenossenschaften.

Außer diesen großen Zentralverbänden besteht noch der rechtspolitisch tendierende „Genossenschaftsverband des Reichslandbundes“ mit 5 Revisionsverbänden und 1050 Einzelgenossenschaften. Daneben noch 20 selbständige Revisionsverbände mit etwa 3000 Einzelgenossenschaften.

Die vorstehenden summarischen Organisationsziffern enthalten ihrem Wesen nach die genossenschaftliche Volkswirtschaft — organisierte Wirtschaft schlechthin. Ihr Tätigkeitsgebiet umfaßt einen Geld- und Warenverkehr, der Milliardenbeträge umschlägt, landwirtschaftliche, industrielle und gewerbliche Produktion mit Milliardenwerten.

Mit einem Wort: Die Genossenschaftsbewegung bildet die organisatorische Grundlage einer initiatio sich entwickelnden Volkswirtschaft, die wesentlich entgegengekehrt ist der kapitalistischen Privatwirtschaft. Sie fördern, heißt im Sinne von Leo Tolstoi: die einzige soziale Tätigkeit ausüben, die einem moralischen Menschen geziemt.

—ff.

Gotthold Ephraim Lessing

Zum 200. Geburtstag am 22. Januar 1929.

Deutschland feiert den 200. Geburtstag eines seiner größten Menschen, feiert ihn mit allem geräuschvollen Aufwand unserer Zeit. Wenn man die Zeitungen und Vortragsankündigungen unserer Tage liest, dann könnte man glauben, daß keine Zeit tiefer und ehrfürchtiger sich vor großen Menschen der Vergangenheit neigt als die unsere. Jede Woche fast gibt es ein Jubiläum, einen Gedenktag, und immer müssen die stärksten Glockentöne die Feiern einläuten. Schauen wir aber einmal genauer hin, wer feiert und wer gefeiert wird, so erkennen wir sehr bald die Belanglosigkeit der meisten dieser Veranstaltungen. Man feiert ohne Abstand vergangene Eintagsfliegen und dauernde Gestalten, man ist von einem wahren Rekordergeiz der Vollständigkeit erfüllt, mit Bienenfleiß werden dicke Bücher studiert, um keinen Geburts- oder Todestag zu übersehen. Leider hat sich auch die freie Volksbildung und die Kulturbewegung der Arbeiterschaft nicht immer von diesem Wettlauf der Sensation, diesem Wettgesang der Mittelmäßigkeiten ferngehalten. Alle, die für eine neue Kultur, für ein echtes Erleben vergangener Kunst und Wissenschaft kämpfen im Dienste der sozialen Gemeinschaftsidee, sollten sich frei machen von bloßer Namensanbetung, von historischem Prunk, der nur die wahren Werte der Vergangenheit unserem Blick entzieht. Wir wollen nur dann feiern, dann aber mit allem Ernst und aller Freude, die unsere Weltanschauung tragen, mit aller Dankbarkeit und allem Kampfeswillen, die uns befeelen, wenn es sich um wahrhaft große Menschen handelt, deren Leben und Werk nicht mehr nur Wissensbesitz ist, sondern auch für uns beispielhafte, wegweisende Bedeutung hat. Es kommt nicht darauf an, daß die Männer und Frauen, denen wir Gedenktage widmen, völlig auf unserem Boden gestanden haben, wir können nicht engherzig nach Sagungen richten, gerade der Marxist muß das Anderssein historisch zu verstehen suchen, aber es ist notwendig, daß diese Männer und Frauen Bannerträger

im Freiheitskampf der Menschheit gewesen sind. — In diesem Gefühl kann heute der Arbeiter, Angestellte, Beamte mit Liebe und Freude des 200. Geburtstages Lessings gedenken. Lessing ist ein Mensch des 18. Jahrhunderts, der Aufklärung und der Klassik — und viel trennt ihn von uns Menschen des 20. Jahrhunderts. Wir finden bei ihm keine Lösung der sozialen Fragen, er kämpft für die Freiheit des einzelnen, aber dieser einzelne ist nicht der durch Geburt oder Geld Bevorzugte, sondern es ist der freiheitliche Mensch. Lessing ist stolzer, klassenbewußter Bürger, aber nie Spießbürger oder kapitalistischer Bourgeois. Lessings Kampf für Wahrheit und Freiheit, für Menschenwürde und Menscheneinheit ist der unsere, auch wenn die Mittel und Wege des Kampfes andere geworden sind. Sein Menschentum lebt in schlackenloser Reinheit fort, während viele seiner Schriften vergessen und vergilbt sind. Wir haben immer noch viel an ihm gut zu machen, was die bürgerliche Bildung veräußert hat. Denn sie hat ihn zum braven Untertan umgewandelt, zum behaglichen Gelehrten und Tugendheiligen. Lessing aber ist alles, was er geworden ist, für uns geworden ist, im Kampf gegen seine Zeit geworden. Er ist einsamer Vorkämpfer, den wir als Gemeinschaft der Arbeitnehmer ehren wollen und dessen Geist auch in unseren Reihen lebendig sein soll. Goethes Wort zu Eckermann aus dem Jahre 1825 besteht auch heute noch zu Recht: „Ein Mann wie Lessing täte uns not. Denn wodurch ist dieser so groß als durch seinen Charakter, durch sein Festhalten! So kluge, so gebildete Menschen gibt es viele, aber wo ist ein solcher Charakter!“

Lessings Leben ist kein großes Drama mit gigantischen Bergen und tiefen Abgründen wie das vieler Künstler, es ist der mühselige Lebensweg eines echten Selbstarbeiters, der sich seine innere und äußere Unabhängigkeit bewahren will. Aus kleinen Verhältnissen steigt der Weg auf, ohne je die Höhen gesicherten Daseins in Glanz und Schönheit zu erreichen, und endet in kleinen Verhältnissen. Arm geboren, arm gelebt, arm gestorben, ständig von Geldsorgen verfolgt, ist dieses Leben dennoch frei von allem Kleinbürgertum. Als drittes von zwölf Kindern eines knorrigen Pfarrers wird Gotthold Ephraim Lessing am 22. Januar 1729 in dem Städtchen Kamenz in der sächsischen Oberlausitz geboren. Früh, wie es dem Vater Ehrenpflicht schien, zum Studium bestimmt, erhält er eine außerordentlich gute Schulbildung auf der Fürstenschule in Meissen. Er ist ein sehr begabter Schüler, der — wie sein ganzes

Leben hindurch — eine Fülle von Wissensstoff der verschiedensten Gebiete in sich wirklich verarbeitet, „ein Pferd, das doppeltes Futter haben müßte“, wie die Lehrer von ihm sagten. Mit 17 Jahren kommt er als Student der Theologie nach Leipzig, dem „Klein-Paris“, und vergräbt sich keineswegs in geistliche Schriften, sondern liest literarische und philosophische Bücher, besucht schöngestirnte Vorlesungen, nimmt an den literarischen Feiern und dem Theater lebhaften Anteil. Bei aller Liebe zu den Büchern, bei aller Gelehrsamkeit, ist Lessing nie ein „zerstreuter Professor“, ein „Büchermurm“ gewesen. Er stand mitten im Leben seiner Zeit, er wirkte für die Gegenwart. Er erkannte früh, daß er aus Büchern allein nie das Leben völlig kennen lernen könnte, so nimmt er denn als Student am geselligen Treiben teil, so ist er früh bemüht, ein gewandter, geschickter Mensch zu werden. Er treibt Sport, um seinen Körper zu stärken, er ist eine Zeitlang Gesellschaftermensch. Nie verliert er dabei seine Würde, nur sein Wesen verliert die drückende Schwere kleinbürgerlicher Abkunft. Wie seine jungen Kameraden beginnt auch der junge Lessing zu dichten, und diese ersten Werke,

Liebes- und Weingedichte sowie Lustspiele, sind nicht aus innerer Notwendigkeit, überströmendem Lebensgefühl entstanden, sondern sie sind gesellschaftliches Spiel, vergnügliche Unterhaltung. Nach dem Vorbild antiker Dichter war in der Mitte des 18. Jahrhunderts in Deutschland eine große Reihe von Dichtern mit dem Lob von Wein, Weib und Gesang beschäftigt. Das waren keineswegs etwa nur junge Menschen, sondern meist sehr ehrbare Gelehrte und Beamte. Sie lebten sehr bescheiden von ihrem kleinen Gehalt, sie waren auch so brave Familienväter, oft ziemlich klägliche Pantoffelhelden und sie sangen doch so feurig von Liebe und Wein. Es ist viel wildgewordene Spießbürgererei in dieser Kunst, aber sie ist doch zugleich, wenn wir sie soziologisch betrachten, Ausdruck der Zeit. Denn aus ihr spricht, und sei es auch noch so schüchtern und verquer, die Sehnsucht nach der Befreiung des Lebens, die Flucht aus aller weltabgewandten frommelnden Sektiererei. So sind auch Lessings erste Dichtungen wie seine Liebe zum Theater Ausdruck seines Lebenswillens, der ihn zwangsläufig vom theologischen Studium forttrieb. Bald gerät er mit den Eltern in Konflikt, die über seinen Lebenswandel entsetzt sind, diese Konflikte dauern fort, auch wenn sie nie zum völligen Bruch führen. Bei aller Kindesliebe ist doch der Zwanzigjährige schon ganz selbständig in seinem Weltgefühl, sehr ernst schreibt er an seine Eltern — und diese Worte leben über den einmaligen Anlaß fort: „Die Zeit soll es lehren, ob ich Ehrfurcht gegen meine Eltern, Ueberzeugung in meiner Religion und Sitten in meinem Lebenswandel habe. Die Zeit soll lehren, ob der ein besserer Christ ist, der die Grundsätze



der christlichen Lehre im Gedächtnisse und oft, ohne sie zu verstehen, im Munde hat, in die Kirche geht und alle Gebräuche mitmacht, weil sie gewöhnlich sind, oder der, der einmal klüglich gezwweifelt hat und durch den Weg der Untersuchung zur Ueberzeugung gelangt ist oder sich wenigstens noch dazu zu gelangen bestrebt. Die christliche Religion ist kein Werk, das man von seinen Eltern auf Treue und Glauben annehmen soll. Die meisten erben sie zwar von ihnen, ebenso wie ihr Vermögen, aber sie zeigen durch ihre Aufführung auch, was vor rechtschaffene Christen sie sind. Solange ich nicht sehe, daß man eins der vornehmsten Gebote des Christentums, seinen Feind zu lieben, nicht besser beobachtet, solange zweifle ich, ob diejenigen Christen sind, die sich davor ausgeben.“ Lessing erhält von seinen Eltern schließlich die Erlaubnis zum Studium der Medizin, aber auch dieses gibt er bald auf, um seinem Vetter nach Berlin zu folgen. Hier beginnt er als freier Schriftsteller sich durchzuschlagen, ein für damalige Zeit fast unerhörtes Beginnen, er schreibt Literaturkritiken für die spätere „Dossische Zeitung“. Lessing hat jahrelang in Berlin gewelt, wenn auch mit Unterbrechungen. So geht er 1752 an die Universität Wittenberg, erwirbt sich dort leicht die Magisterwürde, studiert zugleich sehr eingehend theologische und historische Schriften. Bis 1755 bleibt er wieder in Berlin, zieht dann nach Leipzig und begibt sich von dort als Begleiter eines jungen reichen Herrn auf eine Weltreise, die durch den Siebenjährigen Krieg in Amsterdam jäh ihr Ende findet. 1758 ist er wieder in Berlin und schlägt sich als freier Schriftsteller durch, zwei Jahre darauf geht er als Sekretär eines Generals nach Breslau. Dergeblich hat er später wiederum versucht, in Berlin Fuß zu fassen, hier eine Stellung zu finden. Berlin hat keinen Platz für Lessing!

Berlin, das bedeutet: Friedrich II., der Große, der Zeitgenosse Lessings, der Philosoph von Sanssouci, hat kein Ohr, keine Stätte für einen der größten Deutschen. In diesem Gegensatz zwischen König und Dichter, den Franz Mehring in seiner „Lessing-Legende“ zuerst ausführlich dargestellt hat, zeigt sich der Geist einer ganzen Zeit. Gerade in den Jahren nach Weltkrieg und Revolution ist die Gestalt Friedrichs II. von Preußen uns wieder unzähligmal vor Augen geführt worden. Aus dem Wust der Bilder sind zwei Richtungen deutlich hervorzuhellen: die eine sieht in Friedrich den Nationalhelden, sie hofft für unsere Zeit auf seine Wiederkehr als Retter Deutschlands von Preußen aus, sie sucht ihm mit dem Fredericus-Marsch und -Film den Weg zu ebnen. Die andere Richtung knüpft an Mehrings Lessing-Legende an, die im wesentlichen die Widerlegung der Legende von Friedrich dem Großen ist. Diese Richtung versucht, am umfassendsten in dem Buch von Werner Hegemann „Fredericus“, das wahre Gesicht Friedrichs zu erkennen, seine wahre Bedeutung für Deutschland hervorzuheben. Ihre Ergebnisse sind für die deutschnationale Friedrich-Legende, die fast das gesamte bürgerliche Lager beherrscht hat, die sogar Lassalle zeitweise gefangen genommen hatte, vernichtend. Es ist allerdings töricht, wie es jetzt auch geschieht, Friedrich II. einfach zum kleinen Popanz ab-

zustempeln, eine solche Betrachtung widerspricht auch der materialistischen Geschichtsauffassung völlig. Friedrich II. ist eine der bedeutendsten Persönlichkeiten seiner Zeit gewesen, zugleich aber auch eine der verhängnisvollsten, denn er hat durch seine Politik nicht Deutschlands Einigung, sondern die Zersplitterung gefördert. Er hat auch in Preußen nicht Freiheit und Recht geschaffen, sondern er hat das Bürgertum, die Klasse, die die Zukunft Deutschlands verkörperte, zugunsten des Großgrundbesitzes, des Adels, geknechtet. Eines der dunkelsten Kapitel ist seine Stellung zur deutschen Kunst und Wissenschaft. Er, der jeden kleinen französischen Dichterling förderte — nicht etwa nur den wirklich bedeutenden Voltaire, mit dem Lessing durch einen unglücklichen Zufall auseinander geriet —, hatte keinerlei Fühlung mit dem deutschen geistigen Leben, das nach all der Not des Dreißigjährigen Krieges und all den Wirtschaftskatastrophen, die ihm noch ein Jahrhundert lang nachfolgten, zu erwachen begann. Dieses geistige Leben war Ausdruck der bürgerlichen Klasse, die nun wieder — wie zur Zeit der Reformen im Aufblühen der Städte — sich den Weg bahnen wollte, lange, nachdem das Bürgertum in England und Frankreich schon der größte Machtfaktor geworden war. Der Kampf um die deutsche Sprache, um eine deutsche Kunst war keine nationalitische Angelegenheit, sondern tiefst notwendig, denn ohne einen nationalen Boden konnte auch die weltumfassendste Dichtung und Wissenschaft nicht gedeihen. Friedrich II. und die Seinen aber sahen in diesen Bestrebungen nur einen Versuch, die Sprache des Böfels lebendig zu machen, sie sahen darin eine soziale Auslehnung, den Anmarsch einer neuen Klasse. So war für junge Menschen, die wie Lessing nicht sächsisch oder preussisch, sondern deutsch fühlten, kein Platz im Reich Friedrichs II. Während alle kleinen Höflinge gutbezahlte Stellungen bekommen, müssen Menschen wie Lessing, wie der große Kunstgelehrte Winkelmann hungern, sie sind nicht verwendbar. Die Stelle eines königlichen Bibliothekars wird frei, 2000 Taler beträgt das Gehalt, Winkelmann und Lessing bewerben sich um die Stelle, Winkelmann hätte sie vielleicht bekommen, wenn er mit 1000 Talern zufrieden gewesen wäre, denn für einen Deutschen, so sagt der große König, sind 1000 Taler gut genug, Lessing kommt nicht in Frage, er hat sich unliebsam gemacht, ein belangloser Franzose erhält die Stelle. Weder muß Lessing wandern, von vorn anfangen, nun schon Mitte der Dreißig, er hat einen guten Namen, aber was hilft ihm dieser im Staate Friedrichs II., der so sanft die Flöte bläst. Wie Goethe hat auch Lessing durchaus die großen Fähigkeiten Friedrichs des Großen erkannt, aber wie jener liebt er ihn nicht. Denn Lessing ist ein freier Bürger und Friedrich II. ein großer Despot. Er schreibt an seinen Freund Gleim: „Ich hoffe, es soll mir nicht schwer fallen, Berlin zu vergessen. Meine Freunde daselbst werden mir immer teuer, werden immer meine Freunde bleiben, aber alles übrige vom größten zum kleinsten — doch ich erinnere mich. Sie hören es ungern, wenn man sein Mißvergnügen über diese Königin der Städte verrät. — Was hatte ich auf der verzweifeltsten Galeere zu suchen?“ Aus Hamburg

Sinngedichte und Sabeln

Von Gotthold Ephraim Lessing.

I. Sinngedichte

Die Sinngedichte an den Leser.

Wer wird nicht einen Klopstock loben?
Doch wird ihn jeder lesen? — Nein.
Wir wollen weniger erhoben
Und fleißiger gelesen sein.

An das Bild der Gerechtigkeit in dem Hause eines Wucherers
nebst der Antwort.

Gerechtigkeit! wie kömmt du hier zu stehen?
Hat dich dein Hausherr schon gesehen?
„Wie meinst du, Fremder, diese Frage?
Er sieht und übersteht mich alle Tage.“

Hinz und Kunz.

Hinz: Was doch die Großen alles essen!
Gar Doelnecker; eins, zehn Taler wert.
Kunz: Was? Nester? Hab ich doch gehört,
Daß manche Land und Leute fressen.
Hinz: Kann sein! kann sein, Gebattersmann!
Bei Nestern singen die denn an.

Auf einen adeligen Dummkopf.

Das nenn ich einen Edelmann!
Sein Ur-Ur-Ur-Ur-Ur-Ur-Ur
War älter einen Tag als unser aller Ahn.

Auf Stippen.

Stips ist, trotz einem Edelmann,
Ein Dummkopf und ein braver Degen;
Borgt wie ein frecher Edelmann,
Zahlt, wie ein Edelmann, mit Schlägen;
Verprasset sein und anderer Vermögen
Wie ein geborener Edelmann:
Und doch: — wer kann dergleichen Torheit fassen? —
Will Stips sich noch adeln lassen.

Auf einen Brand zu

Ein Hurenhaus geriet um Mitternacht in Brand.
Schnell sprang, zum Löschfen oder Ketten,
Ein Duzend Mönche von den Betten.
Wo waren die? Sie waren — bei der Hand
Ein Hurenhaus geriet in Brand.

Auf den Tod eines Affen.

Hier liegt er nun, der kleine, liebe Pavian,
Der uns so manches nachgetan!
Ich wette, was er jetzt getan,
Tun wir ihm alle nach, dem lieben Pavian.

Schreibt er an seinen Freund Nicolai: „...Sagen Sie mir von Ihrer berlinischen Freiheit, zu denken und zu schreiben ja nichts. Sie reduziert (beschränkt) sich einzig und allein auf die Freiheit, gegen die Religion so viel Sottisen (Dummheiten) zu Markte zu bringen, als man will. Und dieser Freiheit muß sich der rechtschaffene Mann nun bald zu bedienen schämen. Lassen Sie es doch aber einmal einen in Berlin versuchen, über andere Dinge so frei zu schreiben, als Sonnensels in Wien geschrieben hat; lassen Sie es ihn versuchen, dem vornehmen Hofpöbel so die Wahrheit zu sagen, als dieser sie ihm gesagt hat; lassen Sie einen in Berlin auftreten, der für die Rechte der Untertanen, der gegen Ausjaugung und Despotismus seine Stimme erheben wollte, wie es jetzt sogar in Frankreich und Dänemark geschieht; und Sie werden bald die Erfahrung haben, welches Land bis auf den heutigen Tag das sklavischste Land von Europa ist.“ Trotz dieser Worte, trotz Lessings immer wiederholtem Bekenntnis zum Weltbürgertum stellen unsere so unpolitischen und objektiven Geschichtsforscher und Literaturhistoriker auch heute noch Lessing als braven Untertan Friedrichs II. dar, dem der Dichter zu Dank verpflichtet sei.

Lessing hat stärker als all seine Zeitgenossen die überpersönlichen Gründe für seine frühe Einsamkeit erkannt. Er wollte in einer Zeit der Claquewirtschaft auf allen Gebieten, des Untertanengeistes in allen Ständen eine unbestechliche, unbetrihbare Erkenntnis der Wahrheit siegreich durchsetzen, für ein freierliches deutsches Bürgertum kämpfen. Das ist der auch heute noch gültige Sinn seiner Berliner, Breslauer und Hamburger Schriften über Literatur und Kunst. Das meiste dieser Werke, der „Briefe, die neueste Literatur betreffend“, des „Laokoon“, der „Hamburgischen Dramaturgie“, der Streitschriften mit dem Horazüberseher Lange und dem Professor Kloß ist heute nur noch dem Literatur- und Geschichtskundigen zugänglich und wertvoll. Lessing war im Gegensatz zu vielen Großen der deutschen Geistesgeschichte ein Mensch des Tages, er schrieb als Zeit- und Volksgenosse für seine Gegenwart. So sind seine Schriften über voll von Tageskämpfen, die uns heute nichts mehr angehen. Sie sind zugleich aber auch — viel stärker etwa als die Schriften Goethes — zeitbedingt und zeitbefangen. Lessing ist einer der größten Söhne der Aufklärung, die der Philosoph Kant durch die Worte charakterisiert: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus einer selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen... Habe Mut, dich deines Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“ Aber mit dem Verstande allein, und sei er so gewaltig wie der Lessings, läßt sich die große Kunst nicht völlig erfassen. So sind Lessings Betrachtungen durch die Vorherrschaft des Verstandes oft einseitig. All diese Grundlagen seiner Schriften bedingen ihre Vergänglichkeit, lebendig aber ist ihr Geist geblieben. Dieser Geist ist das Streben nach der Wahrheit. In einer Kampfschrift sagt Lessing einmal — und diese Worte könnten über seinem Gesamtwerk stehen: „Nicht die Wahrheit, in deren Besitz irgendein Mensch ist oder zu sein ver-

meint, sondern die aufrichtige Mühe, die er angewandt hat, hinter die Wahrheit zu kommen, macht den Wert des Menschen. Wenn nicht durch den Besitz, sondern durch die Nachforschung der Wahrheit erweitern sich seine Kräfte, worin allein seine immer wachsende Vollkommenheit besteht. Wer Besitz macht ruhig, träge, stolz.“

Lessing ist auch in seinen Dichtungen freierlicher Bürger und tapferer Zeitkämpfer. Schon in seinen frühen Lustspielen, im „Freigeist“ und in den „Juden“ behandelt er aktuelle Probleme mit fortschrittlicher Gesinnung. In Berlin entsteht sogar ein politisches Zeitdrama, das allerdings Fragment bleibt: Die Tragödie des Schweizer Henzi, der 1749 als demokratischer Rebell in Bern hingerichtet wurde. Aber auch seine Sinngedichte und seine Fabeln nach antiken Mustern, von denen wir einige abdrucken, sind erfüllt vom Gegenwartsgeist, sind Gleichnisse in Vers und Prosa. Er kämpfte nicht nur theoretisch für ein neues Drama aus bürgerlichem Geist, er selbst schrieb in Berlin nach englischen und französischen Vorbildern das erste deutsche bürgerliche Schauspiel: „Miß Sara Sampson“. Als Kunstwerk ist es heute verstaubt, als Zeitdokument ist es wichtig. Es gehörte durchaus Mut dazu, für die Bretter der Bühne, die doch die Welt bedeuteten, nicht die Geschichte von Fürsten und Adligen oder von antiken Helden darzustellen, sondern von Bürgerlichen. Das Bürgertum dringt auch hier zum Licht, zur Kulturgestaltung. Freilich, im deutschen Bürgertum selbst fand Lessing wenig Vorbilder für seine Menschen, denn in diesem Bürgertum war alles klein, ängstlich eingesponnen in Sippe und Haus. Daher muß der Dichter für sein Lebensgefühl die Stoffe in andern Kreisen und Ländern suchen. So schreibt er das Soldatenlustspiel „Minna von Barnhelm“, eines der wenigen heiteren Stücke der Deutschen. Es ist keineswegs, wie man es uns in der Schule beigebracht hat, die Verherrlichung des Siebenjährigen Krieges oder Friedrichs des Großen. Lessing war nicht etwa begeistert als Militär in den Krieg gezogen, er hatte, als er das Berliner Leben nicht mehr ertragen konnte, die sehr friedliche Sekretärstelle bei einem General in Breslau angenommen. Er lebte das bunte Leben, und so lebt er eine Zeitlang fröhlich mit den Offizieren in Breslau bei Gesellschaft und Spiel, ohne je sich selbst aufzugeben, ohne je sich als Patriot im nationalistischen Sinne zu fühlen. Mitten im Kriege schreibt er an den Dichter Gleim über dessen „Preussische Kriegslieder von einem Grenadier“: „Der Patriot überschreiet den Dichter zu sehr, und noch dazu ein solbattischer Patriot, der sich auf Beschuldigungen stützt, die nichts weniger als erwiesen sind! Vielleicht zwar ist auch der Patriot bei mir nicht ganz erstickt, obgleich das Lob eines eifrigen Patrioten, nach meiner Denkungsart, das allerlezte ist, wonach ich zeigen würde, des Patrioten nämlich, der mich vergessen lehrt, daß ich ein Weltbürger sein sollte... Ich habe überhaupt von der Liebe des Vaterlandes (es tut mir leid, daß ich Ihnen vielleicht meine Schande gestehen muß) keinen Begriff, und sie scheint mir aufs höchste eine heroische Schwachheit, die ich recht gern entbehre.“ „Minna von Barnhelm“, die übrigens erst vier Jahre nach dem Kriege erscheint, ist ein Spiel

Das schlimmste Tier.

„Wie heißt das schlimmste Tier mit Namen?“
So fragt ein König einen weisen Mann,
Der Weise sprach: „Don wilden heißt's Tyrann,
Und Schmeichler von den zahmen.“

*

Themis*) über ihr Bildnis im Hause eins Richters.

Womit, o Zeus**), hab ich den Schimpf verschuldet,
Daß man mein Bild in diesem Hause duldet?

II. Fabeln

Der Wolf und der Schäfer.

Ein Schäfer hatte durch eine grausame Seuche seine ganze Herde verloren. Das erfuhr der Wolf und kam, seine Kondolenz abzustatten.

„Schäfer,“ sprach er, „ist es wahr, daß dich ein so grausames Unglück betroffen? Du bist um deine ganze Herde gekommen? Die liebe, fromme, fette Herde! Du dauerst mich, und ich möchte blutige Tränen weinen.“

„Habe Dank, Meister Hegerimm,“ versetzte der Schäfer. „Ich sehe, du hast ein sehr mitleidiges Herz.“

„Das hat er auch wirklich,“ fügte des Schäfers Hylaz hinzu, „so oft er unter dem Unglück seines Nächsten selbst leidet.“

*) Göttin der Gerechtigkeit. **) Höchster griechischer Gott.

Der Tanzbär.

Ein Tanzbär war der Kett* entrisen,
Kam wieder in den Wald zurück,
Und tanzte seiner Schar ein Meisterstück
Auf den gewohnten Hinterfüßen.

„Seht,“ sagte er, „das ist Kunst; das lernt man in der Welt,
Tut mir es nach, wenn's euch gefällt,
Und wenn ihr könnt.“ „Geh,“ brummt ein alter Bär,
„Dergleichen Kunst, sie sei so schwer,
Sie sei so rar sie sei,
Zeigt deinen niedern Geist und deine Sklaverei.“

*

Ein großer Hofmann sein,
Ein Mann, dem Schmeichelei und List
Statt Wiß und Tugend ist;
Der durch Kabalen steigt, des Fürsten Gunst erstiehet,
Mit Wort und Schwur als Komplimenten spielt
Ein solcher Mann, ein großer Hofmann sein,
Schließt das Lob oder Tadel ein?

*

Der Hamster und die Ameise.

„Ihr armseligen Ameisen,“ sagte ein Hamster, „verlohnt es sich der Mühe, daß ihr den ganzen Sommer arbeitet, um ein so Weniges einzusammeln? Wenn ihr meinen Vorrat sehen solltet!“ —

„Höre,“ antwortete eine Ameise, „wenn er größer ist, als du ihn brauchst, so ist es schon recht, daß die Menschen dir nachgraben, deine Scheuren ausleeren und dich deinen räuberischen Geiz mit dem Leben büßen lassen!“

vom Kriegsende, von der Versöhnung der Völker, ein heiteres Friedensspiel wahrer Menschlichkeit, kein Hurrastück, zu dem man es meist macht. Auch „Emilia Galotti“ ist keineswegs nur eine historische Fürstentragödie nach antikem Stoff, sondern wie Schillers „Kabale und Liebe“ ein soziales Schauspiel: eine Anklage gegen den Despotismus der Herrschenden, die wahre Tugend und Liebe um ihrer Gelüste willen freventlich zerstören. „Emilia Galotti“ und „Nathan der Weise“ entstehen schon in Wolfenbüttel, der letzten Etappe seines Lebens. Von Breslau hatte sich Lessing nach dem vergeblichen Versuch, in Berlin als Bibliothekar Friedrichs II. Fuß zu fassen, als Dramaturg nach Hamburg begeben, er wollte mitwirken an der Durchführung eines Lieblingsplanes der Zeit, der Schaffung eines deutschen Nationaltheaters als Ausdruck der deutschen Kultur. Bald war der Plan gescheitert an der Interesslosigkeit der Hamburger, die sich lieber an den Darbietungen einer französischen Truppe erfreuten. Lessing gerät in schwere Schulden er muß das einzige, was er bisher erworben hatte, seine Bibliothek, versteigern und steht nun, über 40 Jahre alt, wieder am Anfang. Da aber bestimmt ein persönliches Erlebnis seinen weiteren Lebensweg: die Bekanntschaft mit Eva König, der Frau eines Hamburger Kaufmanns. Aus der Freundschaft wird allmählich, nach dem plötzlichen Tode des Mannes, Liebe.

Um dieser Liebe in einer Ehe Dauer und Sicherheit geben zu können, begibt sich der bisher allen Fürstenthöfen und Günsten feindliche Lessing in Abhängigkeit, er nimmt eine Bibliothekarstellung in Wolfenbüttel an. Er wird herzoglich-braunschweigischer Bibliothekar mit dem jämmerlichen Jahresgehalt von 600 Talern, während der italienische Theaterdirektor des Herzogs 30 000 Taler erhält und Herzog wie Erbprinz blühende Handelsgeschäfte mit dem Leben ihrer Untertanen treiben, die sie als Soldaten an England verkaufen. Nur die erste Zeit fühlt Lessing sich geborgen, empfindet er Freude über die reichen Schätze der Bibliothek, bald aber verläßt ihn nicht mehr das Gefühl einer Gefangenschaft; noch ist auch die Ehe nicht gesichert, das Gehalt reicht nicht aus. Auf einer Reise mit seiner Braut gelangt er nach Wien und wird im Gegensatz zu Friedrich II. von Maria Theresia und Joseph II. als großer deutscher Dichter gefeiert, aber er ist zu sehr Norddeutscher, um hier bleiben zu können. Verhandlungen mit Mannheim zerplatzen sich, auch eine Italienreise gibt ihm nicht Freiheit. Endlich gelingt es Lessing, eine Gehaltsverbesserung durchzusetzen, die die Ehe ermöglicht, er erhält sogar als einzige fürstliche Auszeichnung, die ihm je geworden ist, den Titel eines Hofrats, der ihn jedoch völlig gleichgültig läßt. Ende 1776 kommt schließlich die Heirat zustande, für die er seine äußere Unabhängigkeit geopfert hat, er kann nun glücklich an der Seite seiner treuen Kameradin leben. Aber er darf nicht ruhen, der Kämpfer bleibt einsam. Weihnachten 1777 wird dem Paar ein Sohn geboren, der schon 24 Stunden später stirbt und am 10. Januar darauf stirbt Eva König im Wochenbett. Lessing ist ein sehr herber Mensch gewesen, seinen gesamten Lebensäußerungen fehlt das Feuer und die Farbigkeit

Goethes und Schillers, aber die Briefe, in denen er den Tod seiner Frau und seines Sohnes anzeigt, sind gerade in ihrer Kargheit erschütternde menschliche Reue. „Meine Freude war nur kurz: Und ich verlor ihn so ungerne, diesen Sohn, denn er hatte so viel Verstand, so viel Verstand! — Glauben Sie nicht, daß die wenigen Stunden meiner Vaterschaft mich schon zu so einem Affen von Vater gemacht haben! Ich weiß, was ich sage. War es nicht Verstand, daß man ihn mit eisernen Zangen auf die Welt ziehen mußte? Daß er so bald Unrat merkte? — War es nicht Verstand, daß er die erste Gelegenheit ergriff, sich wieder davonzumachen? — Freilich zerrt mir der kleine Ruschelkopf auch die Mutter mit fort. Denn noch ist wenig Hoffnung, daß ich sie behalten werde. Ich wollte es auch einmal so gut haben wie andere Menschen. Aber es ist mir schlecht bekommen... Meine Frau ist tot; diese Erfahrung habe ich nun auch gemacht. Ich freue mich, daß mir viel dergleichen Erfahrungen nicht mehr übrig sein können zu machen und ich bin ganz leicht...“ Er lebt weiter, er kämpft weiter, ein Streiter der Wahrheit. Er kämpft einen bitteren Krieg aus mit dem Pfarrer Coeze in Hamburg um das echte Christentum, das nicht in den Satzungen der Kirche einzufangen ist. Lessing streitet für den wahren Glauben der Gesinnung, der werktätigen Menschenliebe, für die Freiheit aller Religionen, die jeder Mensch annehmen oder ablehnen könne ohne Einfluß des Staates oder der Kirchen. Als man ihm von Staats wegen zum Schuß der bedrohten Kirche, die eine so getreue Dienerin der herrschenden Klassen war, seinen weiteren „Anti-Coeze“ verbietet, den großen Deutschen unter Zensur stellt, da verkündet er seine Weltanschauung in seinem Drama „Nathan der Weise“. Lessings Dramen besitzen nicht die Größe und Gewalt der Werke Shakespeares und Goethes, nicht die Glut der Tragödien Schillers, aber der „Nathan“ ist doch ein auch heute noch ergreifend großes Weisheitsgedicht von einer Weite der Gesinnung, einer Tiefe der Menschlichkeit wie wenige Dichtungen der Weltliteratur. Er ist das Höhebild der Menschenliebe, des Glaubens an die Freiheit und Gleichheit aller Menschen. Gleichzeitig mit dem „Nathan“ hat Lessing in den Freimaurergesprächen „Ernst und Falk“ und in der „Erziehung des Menschengeschlechts“ seinen Glauben an eine neue Zeit, deren Bote und Streiter er war, verkündet, an eine Zeit der Völkergemeinschaft, des ewigen Friedens, des Menschenglücks.

Er selbst stirbt müde am 15. Februar 1781. Der „Kirchenbote für Religionsfreunde“ berätete seiner andächtigen Gemeinde, daß der kranke Lessing den Besuch des berühmten Abtes Jerusalem nur widerstrebend angenommen, daß auch Juden dabei gewesen seien, als er seinen letzten Atemzug getan und daß das Volk überzeugt sei, der Teufel habe ihn geholt.

Wir aber sind überzeugt, daß mit Lessing ein großer, starker, freiheitlicher Mensch starb, ein Bürger nicht nur seiner Klasse, sondern eines Reiches, nach dem wir alle streben: ein Mensch, der ein großer Kämpfer war im Befreiungskrieg der Menschheit.

Curt W o r m a n n.

Die Eule und der Schatzgräber.

Jener Schatzgräber war ein sehr unbilliger Mann. Er wagte sich in die Ruinen eines alten Raubschlosses und ward da gewahr, daß die Eule eine magere Maus ergriff und verzehrte. „Schick dich das,“ sprach er, „für den philosophischen Liebling Minerva's?“ (Griechische Göttin.)

„Warum nicht?“ versetzte die Eule. „Weil ich stille Betrachtungen liebe, kann ich deswegen von der Luft leben? Ich weiß zwar wohl, daß ihr Menschen es von euren Gelehrten verlangt.“ —

Der Knabe und die Schlange.

Ein Knabe spielte mit einer zahmen Schlange. „Mein liebes Tierchen,“ sagte der Knabe, „ich würde mich mit dir so gemein nicht machen, wenn dir das Gift nicht benommen wäre. Ihr Schlangen seid die beschafteften, unbankbarsten Geschöpfe! Ich habe es wohl gesehen, wie es einem armen Landmann ging, der eine, vielleicht von deinen Ureltern, die er halb erfroren unter einer Hecke fand, mitleidig aufhob, und sie in seinen erwärmenden Busen steckte. Kaum fühlte sich die Böse wieder, als sie ihren Wohltäter biß; und der gute freundliche Mann mußte sterben.“

„Ich erstaune,“ sagte die Schlange. „Wie partiell eure Geschichtsschreiber sein müssen! Die unsrigen erzählen diese Historie ganz anders. Dein freundlicher Mann glaubte, die Schlange sei wirklich erfroren, und weil es eine von den bunten Schlangen war, so steckte er sie zu sich, ihr zu Hause die schöne Haut abzustreifen. War das recht?“

„Ach, schweig nur,“ erwiderte der Knabe. „Welcher Undankbare hätte sich nicht zu entschuldigen gewußt!“

„Recht, mein Sohn,“ fiel der Vater, der dieser Unterredung zugehört hatte, dem Knaben ins Wort. „Aber gleichwohl, wenn du einmal von einem außerordentlichen Undank hören solltest, so untersuche ja alle Umstände genau, bevor du einen Menschen mit so einem abscheulichen Schandfleck brandmarken lässest. Wahre Wohltäter haben selten Undankbare verpöbelnet; ja, ich will zur Ehre der Menschen hoffen, — niemals. Aber die Wohltäter mit kleinen, eigennützigen Absichten, die sind es wert, mein Sohn, daß sie Undank anstatt Erkenntlichkeit einwuchern.“

Der Wolf auf dem Totenbett.

Der Wolf lag in den letzten Zügen und schickte einen prüfenden Blick auf sein vergangenes Leben zurück. „Ich bin freilich ein Sünder,“ sagte er, „aber doch, ich hoffe, keiner von den größten. Ich habe Böses getan; aber auch viel Gutes. Einmal, erinnere ich mich, kam mir ein blökendes Lamm, welches sich von der Herde verirrt hatte, so nahe, daß ich es gar leicht hätte würgen können; und ich tat ihm nichts. Zu eben dieser Zeit hörte ich die Spottereien und Schmähungen eines Schafes mit der bewundernswürdigsten Gleichgültigkeit an, ob ich schon keine schützende Hunde zu fürchten hatte.“

„Und das alles kann ich dir bezeugen,“ fiel ihm Freund Fuchs, der ihn zum Tode bereiten half, ins Wort. „Denn ich erinnere mich noch gar wohl aller Umstände dabei. Es war zu eben der Zeit, als du dich an dem Bein so jämmerlich würgtest, das dir der gutherzige Kranich hernach aus dem Saßlind zog.“

Um die Reform der Reichsversicherungsordnung

II.

(Schluß.)

Die Reichsregierung hat in ihrem Programm den Versicherungssträgern die Pflicht zugewiesen, den Problemen der Rationalisierung näherzutreten und zu prüfen inwieweit die jetzigen Leistungen umzugestalten sind, wie weit Verbesserungen der Einrichtungen, der Organisation, ohne daß ein Mehraufwand entsteht, herbeigeführt, Sachleistungen und vorliegende Maßnahmen verbessert werden können. Es ist klar, daß das Schwergewicht der Rationalisierung in der Zusammenfassung der Kräfte liegt, eine Forderung, der auch der Gesetzgeber mehr Beachtung als seither schenken sollte. Wenn Lehmann bei der Abfassung der Leitfäden davon ausging, daß in der gegenwärtigen Zeit doch nicht mehr zu erreichen sei, so wollen wir damit annehmen, daß der grundsätzliche Rationalisierungsgedanke in der Sozialversicherung nicht fallen gelassen worden ist. Die unendliche Zahl der kleinen Innungs- und Betriebskrankenkassen, die weder leben noch sterben können, müssen in einem gemeinsamen Versicherungsträger aufgehen, wenn sie heute überhaupt noch sozial wirken wollen. Als Weg zu diesem Ziel ist die bezirksweise Zusammenfassung der Ortskrankenkassen zu betrachten. Das ist heute schon möglich, wenn das Wesen des Beitragseinzugs vereinfacht wird und in die größeren Betriebe ein Beauftragter der Kasse gesetzt wird, der die Krankenscheine ausgibt, Krankengeld auszahlt und überhaupt als Bindeglied zwischen Betrieb und Kasse gilt. Einem Aufgehen der Betriebskrankenkassen in den Allgemeinen Ortskrankenkassen ist damit auch der Weg geebnet. Gar nicht zu verstehen ist der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums, das die Mindestzahl der Mitglieder in den Innungskrankenkassen auf 150 festgesetzt hat. Wir werden zwangsläufig zu der einheitlichen Durchführung der Krankenhilfe kommen, weil nur so eine großzügige Gesundheitsfürsorge durchgeführt werden kann. Die Zusammenfassung der Kassen eines Versicherungsamts zu einem Kassenspflichtverband und darüber hinaus zu Hauptkassenverbänden, die ihre Spitze in einem Zentralausschuß von 15 Mitgliedern haben, ist ein Fingerzeig, welchen Weg die Rationalisierung zu gehen hat. Die Unternehmer behaupten zwar, „je größer die Krankenkasse, um so höher die Verwaltungskosten“, die Ueberlegenheit des Großbetriebes wirkt sich aber in der Krankenversicherung geradezu augenfällig bei den Sachleistungen der Krankenpflege aus. Die Krankenversicherung muß gewissen sozialen Mindestanforderungen genügen, wenn sie heute überhaupt noch Sinn haben soll. Der Kassenspitzenverband hat die Säzung der Kassen zu überprüfen, um eine gewisse Einheitlichkeit zu wahren, die lediglich im Interesse der Versicherten liegt. Diese Möglichkeit ist bei den jetzigen Aufsichtsbehörden nicht gegeben.

Die Forderung, daß alle Beschlüsse der Krankenkassenorgane mit einfacher Mehrheit zu fassen sind, ändert an dem heute schon bestehenden Zustande fast nichts. Daß Fragen der Weltanschauung in den Krankenkassen keinen Platz haben, bedarf weiter keiner Erörterung.

Von außerordentlicher Bedeutung ist die Forderung der Aufhebung aller Befreiungen von der Pflichtversicherung bis zur Einkommensgrenze von 6000 Mk. (Wir schlagen 8400 Mk. vor.) Damit werden auch die Beamten der Krankenversicherung unterstellt. Die Bildung von besonderen Beamtenkrankenkassen ist keine unbedingte Notwendigkeit, doch wird sich hier eine Beitragsermäßigung empfehlen, da in der Regel nur Sachleistungen in Frage kommen. Der Sturmhauf der Ärzteschaft, des Handwerker- und Gewerkekammertages und der Krankenversicherungsaktiengesellschaften gegen eine solche Ausdehnung der Versicherungspflicht verstehen wir. Das darf uns aber durchaus nicht irritieren. Man muß zu der Einsicht kommen, daß es kein Geschäft sein darf, Kranke zu versichern.

Die Abstufung des Kranken- und Hausgeldes nach dem Familienstande wird wohl eine Erhöhung der Aufwendungen für Barleistungen bedingen, doch wird sich selbst eine kleine Erhöhung des Beitrages rechtfertigen, wenn dadurch die Möglichkeit besteht, im Krankheitsfalle etwa 80 Proz. des Grundlohnes an den Erkrankten zu zahlen.

Gegen die Beteiligung der Versicherten an den Kosten für Krankenpflege muß unter allen Umständen Front gemacht werden. Krankheit bedeutet für den Arbeitnehmer immer eine Belastung, sie noch zu verschärfen kann nicht Aufgabe der Krankenkassen sein. Es ist sicher eher tragbar, bei den Ärzten bestimmte Sicherungsmaßnahmen zu treffen, um die hohe Zahl der Bagatellfälle etwas herabzumindern.

Weiterhin ist dringend nötig eine Erhöhung des Hausgeldes. Das liegt auch im Interesse der Kasse selbst, denn der ständige Gedanke, die Familie in Not zu wissen, wirkt nicht gesundheitsfördernd.

Die Gewährung der Hauspflege als Regelleistung ist eine geeignete Möglichkeit, die ohnehin überfüllten Krankenanstalten zu entlasten und die Verpflegungskosten für die Kassen zu verringern. Eine geordnete Hauspflege setzt jedoch voraus, daß die jetzt bestehenden Hauspflegevereine gut ausgebaut und vor allen Dingen auf eine neue Grundlage gestellt werden. Aus gewichtigen Gründen müssen aber die Gemeinden und Kassen einen bestimmenden Einfluß auf die Hauspflegevereine ausüben.

Bedeutungsvoll ist die Gewährung von großen Heilmitteln als Regelleistung. Eine Grenze der Verordnung dieser liegt nicht immer im Interesse der Kassen. Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen: es ist ganz gleich, ob großes oder kleines Heilmittel; das Entscheidende ist, ob der Versicherte das Heilmittel zur Gesundung oder zur Wiederherstellung seiner Arbeitsfähigkeit braucht.

Die Krankenhauspflge soll in gewissen Fällen Regelleistung werden. Das ist unbedingt notwendig da, wo es sich um Operationen, Infektionskrankheiten und um solche Erkrankten handelt, die zu Hause wegen Mangel an Zeit, ungünstigen Wohnungsverhältnissen usw. nicht gepflegt werden können.

Die Unterstützungsdauer für die Krankenpflege von 26 auf 52 Wochen auszudehnen, deckt sich mit einem heute schon vielfach bestehenden Zustande. Sie zur Regelleistung zu machen sichert eine geordnete Durchführung der Gesundheitsfürsorge, auch müssen die Kassen ein Interesse daran haben, daß die Kranken solange behandelt werden, wie es notwendig und zweckmäßig ist. Auch der Ausbau der ärztlichen Behandlung für versicherungsfreie Mitglieder verdient größerer Beachtung.

Lehmann fordert eine Erhöhung des Wochengeldes Pflichtversicherter auf 85 Proz. des Grundlohnes für sechs Wochen vor der Entbindung, solange die Erwerbstätigkeit eingestellt ist. Der Unterschied zwischen Lohn und Wochengeld ist da aber immer noch zu groß, um einen Anreiz auf die Schwangeren auszuüben, die Arbeit einzustellen. Gerade die schwere Berufsarbeit oft noch kurz vor der Entbindung führt zu Komplikationen und Frühgeburten. Zu einer wirklichen Durchführung des Schwangerenschutzes kommt man nur, wenn man die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür schafft. Die bestehen aber darin, daß man die Schwangeren sechs Wochen vor der Geburt grundsätzlich von der beruflichen Tätigkeit freisetzt und den vollen Arbeitsverdienst bezahlt.

Die Arztfrage bei den Krankenkassen spielt eine besonders wichtige Rolle, sie in allgemein befriedigendem Sinne zu klären ist fast unmöglich. Wir pflichten Lehmann bei, wenn er sagt: Wir brauchen Sozialmediziner als Diagnostiker, die richtige Diagnosen zu stellen gelernt haben und wirtschaftlich unabhängig sind, wir möchten aber den Nachdruck auf das „Soziale“ legen. Das Arztsystem bedarf einer Revidierung und die Beschränkung des kassenärztlichen Einkommens auf einen bestimmten Höchstsaß dürfte manchem Arzt auch die Gelegenheit geben, seine Patienten etwas gründlicher zu behandeln.

Die Forderung der vollen Ersatzpflicht der Unfallversicherung für Leistungen der Krankenkasse an arbeitsunfähige Unfallverletzte erscheint uns selbstverständlich.

Summarisch betrachtet kann man den vom Vorsitzenden des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen aufgestellten „Leitfäden für die Reform der Reichsversicherungsordnung“ zustimmen, wie knüpfen aber daran die Hoffnung, daß man auch auf dieser Seite das höher gesteckte Ziel nicht aus den Augen läßt.

Hab acht!



Herausgegeben von der Reichsarbeitsverwaltung, Berlin.
Drehscheiben feststellen!

Bildungsarbeit

Bildungsarbeit in Dresden

Die vergangenen Jahre veranlaßten unsere Filiale neben Betriebsbeschäftigungen, Führungen in Galerien und sonstigen Sammlungen, Abendkurse über die verschiedensten Wissensgebiete zu veranstalten. Es waren das im wesentlichen Abendvorträge, die den Zweck verfolgten, die Mitglieder im großen Umfange in das Wirtschaftsleben, ins Arbeitsrecht, in die Sozialpolitik einzuführen. Von Jahr zu Jahr müssen aber die Bildungsveranstaltungen höher geführt werden. Dabei ist aber nicht zu übersehen, daß in den Filialen nicht nur Funktionärbildung, sondern in großem Maßstabe auch Massenbildung geleistet werden muß. Es ist nicht einfach, beides zu gleicher Zeit veranstalten zu können. Aber wenn programmäßig Funktionärversammlungen und Mitgliederversammlungen mit guten Referaten ausgestattet werden, dann läßt sich manches ermöglichen. Auch in die Betriebsversammlungen muß mit sorgfältig ausgewählten Vorträgen gegangen werden. Das Interesse für Bildungsveranstaltungen höherer Art wird gerade erst dadurch geweckt.

Das diesjährige Bildungsprogramm beschreitet unter Beachtung dieser mehr grundsätzlichen Erwägungen einen neuen Weg. Um die vermittelten allgemeinen Kenntnisse zu vervollständigen, sind zwei Tages-Wochenkurse vorgesehen. Einer über Arbeitsrecht und ein zweiter über Sozialpolitik. Eine Woche lang werden etwa 30 Hörer über diese Gebiete unterrichtet. Die besten Sachkennner werden gewonnen. Die Hörer werden je eine Woche lang beurlaubt, unter Zahlung des Lohnes aus der Filialkasse. Am Vormittage ist drei Stunden und am Nachmittage ebenfalls drei Stunden Unterricht. Der Unterrichtsraum befindet sich außerhalb des Großstadtgebietes, die Teilnehmer werden von ihrer Arbeit nicht abgelenkt. Aus den Teilnehmern bildet sich eine Arbeitsgemeinschaft heraus, so daß ein weiteres Vordringen in die einzelnen Gebiete gewährleistet bleibt. Es besteht die Möglichkeit, so besondere Sachkennner und Referenten für Versammlungen gewinnen zu können. Aber Abendveranstaltungen werden auch diesmal aus dem Bildungsprogramm nicht herausgelassen. Im vergangenen Jahre fanden Abendvorträge über die Zusammenhänge des deutschen Wirtschaftslebens statt. Dieses Jahr wird dieser Kursus fortgesetzt. Es wird die Weltwirtschaft behandelt. Ganz neu ist die Absicht der Filiale, Studienreisen zu veranstalten. Die Gemeindebetriebe von Wien sollen durch eine kleine Kommission besichtigt werden und außerdem soll einigen Kollegen die Möglichkeit gegeben werden, an einer Auslandsstudienreise teilzunehmen. Nicht nur, daß der Gesichtskreis wesentliche Erweiterung dadurch erfährt, sondern der ausgesprochene Zweck ist, die kommunalen und staatlichen Einrichtungen kennenzulernen. Die Arbeitsmethoden sollen studiert werden, der Arbeitschutz Prüfung erfahren, die Arbeitsbedingungen mit den hiesigen in Vergleich gesetzt werden. Das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben des Auslandes soll im allgemeinen und im Leben des Arbeiters studiert werden. Wenn bei richtiger Vorbereitung und bei guter Auswahl der Teilnehmer der gesteckte Zweck erreicht wird, so ist er von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft. Im Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen und des Vorwärtsdringens der Arbeiterschaft in Deutschland werden die erworbenen Kenntnisse manche Hilfe leisten. Weshalb studiert das Unternehmertum die ausländischen Verhältnisse? Nur deshalb, um ihre Produktionskosten zu verringern, und das geschieht zumeist auf Kosten des Arbeitnehmers. Gerade dieser Umstand zwingt uns dazu, mit eigenen Augen zu sehen, wie in anderen Ländern die Verhältnisse liegen. Nicht zuletzt haben solche Studienreisen die Möglichkeit, internationale Beziehungen zwischen den Arbeitnehmern der einzelnen Länder fester zu knüpfen. Schon das ist von besonderem Wert.

Wiederum sind eine Reihe Betriebsbeschäftigungen vorgesehen. Aber auch wiederum Führungen in die Gemäldegalerie und in die staatlichen Sammlungen. Die Allgemeinbildung wird dadurch verbessert. Nicht nur die des Mitgliedes, sondern auch der Familienangehörigen, die sich an solchen Veranstaltungen beteiligen können. Ebenso besteht diese Möglichkeit bei den Lichtbildvorträgen. Den Wert der Organisation erkennen die Ehefrauen mancher Mitglieder auch aus solchen Veranstaltungen, die auf die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Zusammenfassung der Kräfte hinweisen. So sind einige Lichtbildvorträge vorgesehen: Zwei Monate auf den Kanarischen Inseln, Von Hamburg nach Nordafrika, Berlin—Hamburg—Brüssel—London—Paris, Das romantische Finnland. In unseren Verkehrsverhältnissen bedeuten solche Reisen keinen besonderen

Aufwand an Fahrzeit. Sie sind leicht zu arrangieren. Ferien bezieht der größte Teil unserer Mitglieder, dank der gewerkschaftlichen Arbeit. Wenn auch die Ferien noch nicht ausreichend genug sind. Aber es mangelt immer noch beim größten Teil an Geld, um selbst und die Familie die Schönheiten der Natur bewundern zu können. Nur durch gewerkschaftliche Betätigung, durch restlosen Zusammenschluß schaffen wir uns den Verdienst, der uns solche Reisen ermöglicht. Liegt da in solchen Lichtbildvorträgen nicht ausgesprochene Werbearbeit für Gewerkschaft und Partei?

In jedem Programm der Filiale Dresden befindet sich ein Kunstabend. Gute Kräfte werden gewonnen, die leicht verständliche künstlerische Darbietungen bringen. Unsere Mitglieder sollen vom Kitz weggezogen werden. Sie sind dann für bessere Allgemeinbildung zugänglicher. Die gleiche Absicht haben übrigens auch die Vergnügungen, die von den Gewerkschaften veranstaltet werden. Das Bedürfnis für Vergnügungen ist vorhanden, es kann nicht unterdrückt werden. Die Mitglieder werden gezwungen, Vergnügungen gegnerischer Bewegungen zu besuchen, wenn die Gewerkschaften versäumen, eigene Veranstaltungen mit guten Darbietungen zu treffen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl findet Förderung. Der Geist der Solidarität wird vertieft, er findet Ausbreitung. Und hat nicht gerade die Solidarität die freien Gewerkschaften groß und stark gemacht?

Ein Bildungsprogramm darf aber auch nicht die Notwendigkeit der sachlichen Weiterbildung übersehen. Im neuen Programm der Filiale Dresden kehren sachliche Vorträge wieder für unsere Gruppe Kraftwagenführer, für Technik und Gewerbe, für Gesundheitswesen, für Gartenbau, Park- und Friedhofsanlagen, für Hausmeister, Zählermeister, Gesundheitswesen, besonders für Schwestern und Pflegerinnen, für Reichs- und Staatsarbeiter, für Beamte und Angestellte und Sonderveranstaltungen für unsere weiblichen Mitglieder sind vorgesehen. Die einzelnen Vortragsthemen an dieser Stelle zu erwähnen, würde zu weit führen. Es ist im wesentlichen darauf Wert gelegt worden, daß die besonderen, aus der Eigenart der Dienstverhältnisse hervortretenden Wissensgebiete, rein sachliche Interessen in den Vordergrund der Betrachtungen gestellt werden. Auch dem Verständnis der kommunalen und staatlichen Wirtschaft wird darin Bedeutung beigemessen. Solche Vorträge tragen dazu bei, den Arbeitnehmer über alle Neuerungen, mögen sie auf technischem oder allgemeinem Gebiet liegen, zu unterrichten. Sie machen ihn fähig, immer mehr mitredend in den Produktionsprozeß eindringen zu lassen. Die Voraussetzung dazu wird auf jeden Fall geschaffen. Und sie haben aber schließlich auch den Zweck, zu zeigen, daß im Rahmen einer Großorganisation die verschiedensten Berufe und Gewerbebranche Beachtung finden können.

In großen Zügen haben wir damit das diesjährige Bildungsprogramm der Filiale Dresden gezeigt. Diesmal ein Programm von besonderem Ausmaße, von besonderer tiefgründiger Art. Aber auch ein Programm, dessen Durchführung der Filiale Dresden erhebliche Kosten auferlegt. Diese können nur dadurch getragen werden, indem der wöchentliche Bildungsbeitrag von 5 Pf. den Fonds dazu schafft. Aus ihm werden auch die Kosten entnommen, die der Filiale für die Beteiligung ihrer Mitglieder an den Kursen des Verbandsvorstandes auferlegt werden. Möge auch dieses Programm, das die Zustimmung der letzten Mitgliederversammlung gefunden hat, auf das bisherige gute Verständnis der breiten Mitgliedschaft stoßen. Bildungsarbeit ist Gewerkschaftsarbeit im besten Sinne des Wortes.

Gerh. Förster.

Für die Frauen

Mutterschutz in Theorie und Praxis

Das Gesetz in der Praxis spielt dem Gesetz auf dem Papier oft böse Streiche. Das beste und wohlwollendste Gesetz ist wertlos, wenn es im täglichen Leben keine sinnentsprechende Anwendung findet. Die deutschen arbeitenden Frauen werden von den ausländischen Kolleginnen, und nicht zu Unrecht, um ihren gut ausgebauten Mutterschutz beneidet; der durch das Gesetz vom 1. August 1927 über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft, besonders durch den Kündigungsschutz für die Schonzeit vor und nach der Entbindung erweitert wurde. In diesem Gesetz wird mit keinem Wort etwas darüber erwähnt, daß der Kündigungsschutz nur auf eheliche Schwangerschaft anzuwenden ist. Das Gesetz zieht sowohl die eheliche wie auch die uneheliche Schwangerschaft unter seinen Schutzbereich. Bürgerliche Arbeitsrichter, die von der Ideenwelt sozialer Gerechtigkeit keine Ahnung haben, sind wieder einmal klüger gewesen als der Gesetzgeber und unterschoben dem Gesetz mittelalterlichen Sinn. Dem Landesarbeitsgericht in Dresden

war es vorbehalten, eine außereheliche Schwangerschaftskrankheit als „selbstverschuldet“ anzusehen, die zu einem Entlassungsgrund berechtigt. Das Gericht begründet seinen Standpunkt wie folgt:

„Es steht nicht zur Entscheidung, ob in der Vollziehung des außerehelichen Geschlechtsverkehrs ein sittliches Verschulden (!) oder ein Verschulden im Rechtsinne zu finden ist. Es kommt vielmehr nur darauf an, ob die Klägerin bei der Vollziehung des Geschlechtsverkehrs damit gerechnet hat . . . daß sie infolge des Geschlechtsverkehrs schwanger werden kann; und infolge der damit verbundenen häufigen Folge (Schwangerschaftsbeschwerden u. dgl.) zur Leistung ihrer Dienste als Verkäuferin unfähig werden könne. Dies muß beachtet werden. Sie hat also, ohne Rücksicht darauf, ob ihr der Geschlechtsverkehr als solcher zur Schuld anzurechnen ist (!), ihre Dienstunfähigkeit mindestens unter dem Gesichtspunkt der Fahrlässigkeit zu vertreten und kann sich auf die Schutzbestimmungen ebensowenig berufen wie beispielsweise derjenige, der sich im Zweikampf oder durch eine besondere weghaltige Sportausübung (!) leichtsinnig Gefahren aussetzt und Dienstunfähigkeit zuzieht.“

Diese Begründung spottet jeder Beschreibung. Außereheliche Mutterschaft wird einer „besonders waghalsigen Sportausübung“ gleichgesetzt, als eine „Fahrlässigkeit“ angesehen, die nicht unter den Schutz des Gesetzes fällt, vielmehr mit der Entziehung des gesetzlich zustehenden Mutterschutzes zu bestrafen ist. Die Begründung ist nicht nur rechtlich unhaltbar, sondern auch in seiner Gesinnung einfach barbarisch. Das Urteil zeigt also, daß auch die Arbeitsgerichte von reaktionärem Denken nicht frei sind, und daß noch viel zu tun ist, ehe der Mutterschutzgedanke in bürgerlichen Köpfen sich durchgerungen hat. Lz. P.

Gas, Elektrizität, Wasser

Der Gasmann. Wenn schon längst die Fabrik sirenen ihr Geheul in das Morgengrauen hinausgestoßen haben und die Proleten wie alltäglich hinter düsteren Fabrikmauern verschwunden sind, dann eilen auch wir Gasmänner hastig unserer Arbeitsstätte zu. Unser Weg führt uns nicht nur an hohen, steilen Mietkasernen vorbei, aus deren dunklen Wänden nur vereinzelt erleuchtete Fenster strahlen, die wie leuchtende Augen in das Dunkel spähen, sondern auch an Fabriken, aus denen Lärm und Getöse dringt. In den Maschinenjalen dieser Fabriken quälen sich die Menschen Tag für Tag, acht Stunden und mehr. Acht Stunden sind diese Menschen an die Maschine gespannt, um in eifriger Hast den Maschinen das Quantum zu entreißen, das ihnen den Lohn bringt, den ein raffiniert auskalkuliertes Akkordsystem zuläßt und das sie unbedingt zum karglichen Lebensunterhalt bedürfen. Ist es verwunderlich, wenn diese Fabrikklaven wägen, wir Gasarbeiter, besonders wir aus den Installationen, wir seien freie Menschen und wären nicht gezwungen, unsere Arbeitskraft voll und ganz zu erschöpfen? Es gibt wohl keinen Arbeitgeber, der nicht bestrebt ist, mit allen Mitteln die Arbeitskraft seiner Arbeiter bis zu den Grenzen der natürlichen wie politischen Grenze auszubeuten. Darin machen auch die Gaswerke keine Ausnahme. Gerade die Tätigkeit der Gasmesserrevidierer wird als Arbeitsleistung nicht nur von Laien, sondern auch von den höheren Betriebsbeamten angezweifelt, die dadurch eine höhere Leistung erwarten. Diese gesteigerte Leistung gefährdet die Sicherheit und vermindert die Verantwortung des Arbeiters, deshalb vermeidet man in den Betriebsdirektionen, eine bestimmte Arbeitsleistung zu fordern, sondern läßt dieselbe gesellschaftlich durch die Arbeiter selbst bestimmen. Von einer wirklich gesellschaftlichen Bestimmung kann aber dort keine Rede sein, wo von Arbeitgeberseite aus versucht wird, durch psychologische und wirtschaftliche Beeinflussung die Arbeitsleistung zu erhöhen. Die psychologische Beeinflussung der Gasmesserrevidierer besteht darin, daß man ihre Leistung quantitativ bezweifelt, sie indirekt zu höheren Leistungen auffordert, wobei sich die bürgerlich-ideologische Erziehung auswirkt, indem die bürgerliche Phrase „Freie Bahn dem Tüchtigen“ in den Augen der Arbeiter an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Die wirtschaftliche Beeinflussung besteht darin, daß man die Arbeiter, die nicht die aufgezwungene „Durchschnittsleistung“ erreichen, als minderwertig bezeichnet und, soweit man sie nicht entläßt, für schlechtere Arbeiten verwendet. Die logische Schlussfolgerung wird also die sein, daß die Revidierer nicht nur durch gesteigerte Intensität, sondern auch durch Außerachtlassung der Vorschriften eine so hohe Leistung zu erreichen suchen, wie sie die vorgelegten psychologischen erpressen. Durch solche Maßnahmen und durch solches Antreiberisystem wird sich nicht die Zahl der Unfälle vermindern, sondern sich bedeutend erhöhen und für die Gefahren, in denen der Konsument schwebt, wird man einzig und allein den Revidierer verantwortlich machen wollen. Bei einer nicht ordnungsgemäßen Revidierung des Gasmessers, indem die Füll- oder Verschlussschraube nicht oder nicht

dicht angezogen wird, entströmt das Gas dem Gasmesser und gefährdet somit den Gasabnehmer. Explosionen und Gasvergiftung bedeuten für den Revidierer nicht nur fruchtlose Entlassung, sondern ziehen eine gerichtliche Bestrafung nach sich. Daß dabei ein großer Teil der Schuld auf das System und die Forderungen der Betriebsleitungen zurückzuführen ist, wird von dieser Seite eifrig bestritten werden. Die durchschnittliche Leistung der Revidierer bei Befüllungen beträgt z. B. 35 bis 40 Stück, bedeutet demnach 70 bis 80mal öffnen und anziehen der Verschraubungen pro Arbeitstag und ergibt im Jahre die 2500fache Wiederholung des Arbeitsganges. Sollte bei einem Revidierer nach jahrelanger Tätigkeit nur einmal durch irgendwelche Umstände es vorkommen, daß eine Verschraubung nicht vorgenommen wird und daraus irgendwelche Folgen entstehen, so wird der Betreffende auf den harten verständnislosen Standpunkt der Betriebsbeamten stoßen, der da sagt: das darf nicht vorkommen. Es ist weiter zu berücksichtigen, daß die Verantwortung der Revidierer dadurch noch gesteigert wird, da sie bei der Revision im geistigen Kontakt mit dem Konsumenten stehen müssen und einer Ablenkung durch äußere Umstände zumeist ausgefetzt sind. Man kann deshalb von einer automatischen Arbeitsverrichtung nicht sprechen, da die Verantwortung und die Ablenkung bei der Gasmesserrevision zu groß ist, somit die Konzentration der Gedanken auf die Arbeit erfordert. Es ist deshalb erforderlich, im Interesse der öffentlichen Sicherheit und im Interesse der Revidierer selbst, eine natürliche, den Vorschriften entsprechende Gasmesserrevision vorzunehmen, und sich gegen die geforderte Mehrleistung zu wenden. Wir wollen nicht die Schrittmacher des Arbeitstempos sein, sondern wollen die Rationalisierungsbestrebungen in der Wirtschaft fördern, indem wir glauben, daß die Zeit nicht mehr fern sein wird, in der die Entwicklung der Technik und die Rationalisierung für die Arbeiter nicht mehr gesteigerte Intensität und zugleich Arbeitslosigkeit, längere Arbeitszeit und niedrige Löhne bedeutet, sondern, daß sie in den Dienst der Allgemeinheit gestellt wird, so daß die Dichterworte Wirklichkeit werden:

Ja, so wird es einmal sein:
Die Fabrik zu unsern Füßen
Muß uns als Gebieter grüßen,
Und wir schreiten froh hinein.

K. H.

Reichs- und Staatsarbeiter

Reichsbahnarbeiterpensionskasse und Wasserbauarbeiter. Die Reichsbahnarbeiterpensionskasse, die sich aus den verschiedenen Kassen der früheren Reichsbahn, solange sie noch den Einzelstaaten gehörte, zusammensetzt, hat in der letzten Zeit einige Verfügungen erlassen, die wir auch unseren Wasserbauarbeiterkollegen zur allgemeinen Beachtung empfehlen. So ist u. a. von der Reichsbahnarbeiterpensionskasse III in Dresden auf eine Anfrage entschieden worden, daß auch in solchen Fällen, in denen Anspruch auf Zusatzrente besteht und die Zusatzrente festgesetzt ist oder doch festzusetzen wäre, aber wegen Bezugs von Lohn, Dienstinkommen oder Krankengeld nach § 52 Ziffer 3 der Satzung noch nicht gezahlt wird — also ruht, gemäß § 63 Ziffer 1a das satzungsmäßige Sterbegeld zu zahlen ist. — Besonders beachtlich für unsere Mitglieder dürfte aber eine Verfügung des Vorstandes der Reichsbahnarbeiterpensionskasse I sein, betreffend das Heilverfahren für nicht tuberkuloseerkrankte Kinder im Jahre 1929, die folgendermaßen lautet:

„Vorstand der Reichsbahn-
Arbeiterpensionskasse I

Berlin SW 11, den 11. Dezember 1928.

Betrifft: Heilverfahren für nichttuberkuloseerkrankte Kinder im Jahre 1929. Durch Verfügung vom 1. November 1928 haben wir mitgeteilt, daß Anträge von Kassenmitgliedern auf Einleitung von Heilverfahren für ihre Kinder für das Jahr 1929 wieder entgegengenommen werden können.

Die Zahl der in kasseneigenen Kinderheimen einzutreffenden Kinder wird nach Eröffnung des neuen Kinderheims in Bernburg a. d. S. nicht unerheblich größer sein als in dem jetzt zu Ende gehenden Jahre. Insgesamt sind für das Jahr 1929 1410 Plätze vorhanden (gegenüber 1020 im Jahre 1928). Diese 1410 Plätze verteilen sich auf die einzelnen Kinderheime wie folgt:

a) im Kinderheim Bernburg a. d. S. (60 Plätze, 8 Kuren) . . .	480 Plätze
b) im Kinderheim Pyrmont (40 Plätze, 8 Kuren) . . .	320 Plätze
c) im Kinderheim Münster a. St. (60 Plätze, 8 Kuren) . . .	400 Plätze
d) im Marienheim in Zinnowitz (30 Plätze, 7 Kuren) . . .	210 Plätze

Zusammen 1410 Plätze

In den Kinderheimen Bernburg a. d. S., Pyrmont und Münster a. St. können bei sechswochiger Dauer der Kur insgesamt acht Kuren ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden. Die letzte Kur des Jahres kann nötigenfalls auf fünf oder vier Wochen abgekürzt werden, damit die bisher üblich gewesene Unterbrechung des Betriebes in den Heimen zu Weh-

nachten durchgeführt werden kann. — Die Mittel zur selbstständigen Einweisung von Kindern in fremde Anstalten haben wir von rund 60 000 Mark, die den Bezirksausschüssen im Jahre 1928 überwiesen sind, auf 80 000 Mark für das Jahr 1929 erhöht. Dies ist geschehen, um den Bezirksausschüssen größere Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit in die Hand zu geben, den dort eingehenden Anträgen in vollem Umfange zu entsprechen. — Wir werden außerdem überwachen, ob bei besonders großem Bedürfnis nach Heilverfahren für erholungsbedürftige, schwächliche und unterernährte Kinder vorübergehend nicht noch weitere Fürsorgemaßnahmen nötig sein werden. Für solche Fälle werden wir versuchen, mit dem Kurhaus „Kinderhort“ in Bad Sulza Abmachungen zu treffen, die es uns ermöglichen, dieses günstig gelegene und gut geleitete Kinderheim vorübergehend mit in Anspruch zu nehmen. — Aus der nachfolgenden Übersicht sind die für das Jahr 1929 jedem Bezirksausschuß zugeteilten Plätze in den kasseneigenen Kinderheimen und die zur Einweisung in fremde Anstalten überwiesenen Mittel zu ersehen:

Bezirksauschuß	Bestehende Plätze in den kassen eigenen Heimen	Mittel zur selbständigen Einweisung von Kindern in fremde Heime	Bezirksauschuß	Bestehende Plätze in den kassen eigenen Heimen	Mittel zur selbständigen Einweisung von Kindern in fremde Heime
A tona	87	4 770	Übertrag	913	50 650
Berlin	146	8 140	Halle a. d. S.	47	2 390
Br s au	95	5 300	Hannover	81	4 600
Osten	30	1 600	Oppeln	91	4 910
Kössel	81	4 490	Köln sb. rg	26	2 390
Köln	111	6 300	Magdeburg	51	3 200
Eiderfeld	100	5 610	Mün ster	64	3 600
Erfurt	54	2 950	Trier	35	2 110
Effen	138	7 720	S e t in	41	2 530
Frankfurt a. M.	63	3 500	Wain	11	8 510
Übertrag	913	50 650	Summa	1 410	80 000

Zum 10. Februar 1929 erbitten wir den Bericht der Bezirksausschüsse, in welchem Umfange die Mittel für das Jahr 1928 verwendet sind und wieviel Kinder mit diesen Mitteln in fremden Heimen untergebracht werden konnten. Auch haben wir Interesse daran, zu erfahren, ob sich die öffentlichen Fürsorgestellen durch Gewährung von Zuschüssen zu den Kuren — sei es in den kassen eigenen Heimen, sei es in fremden Anstalten — beteiligen lassen.

Einige andere Verfügungen hat der Verbandsvorstand den Filialleitungen mit Wasserbauarbeitern und den Bezirksleitungen zur Kenntnis gebracht. — Wo also Zweifelsfragen vorhanden sind, dürfte es angebracht sein, daß die Kollegen sich auch um diese Angelegenheiten kümmern, damit sie in den vollen Genuß der ihnen zustehenden Rechte kommen.

Landstraßenwärter

Dienenburg. Für Steine zer Schlagene sind folgende Akkordsätze vereinbart worden:

Ortsklasse 1		Ortsklasse 2 und 3	
Gabbro	Mark 8,50	Mark 8,00	
Diabas	7,75	7,50	
Bajalt und Grünstein	7,50	7,20	
Grauwacke	6,80	6,50	
Quarzit	6,30	6,00	
Findlinge	5,30 — 6,30	5,00 — 6,00	
Sandstein	5,30	5,00	
Kalkstein	4,10	3,80	

Für Steine aufmessen werden gewährt pro Kubikmeter für Ortsklasse 1 80 Pf., Ortsklasse 2 und 3 75 Pf. Hausstands- und Kindergeld beträgt pro Tag und Kopf 25 Pf. Die Lohnzahlung erfolgt ab 1. Januar nur einmal monatlich, und zwar für Monat Januar am 10. Februar. — In der Mitgliederversammlung wurde der alte Filialvorstand einstimmig wiedergewählt. Es sind das folgende Kollegen: 1. Vorsitzender: Wilhelm Nolte, Goslar; 2. Vorsitzender: Heinrich Ehlers, Othfresen; Schriftführer: Ferdinand Niens, Wehre; Kassierer: Karl Klinkefuß, Dienenburg. Es wurde dann noch ein Wahlvorstand gewählt für die bevorstehenden Betriebsratswahlen: für Chauffeurwärter die Kollegen Albert Helling, Hermann Mühlhahn, Hermann Preis, sämtlich aus Selterfeld; für Landstraßenwärter die Kollegen Chr. Heipena u., Gr. Fißke, Hermann Thiele, Ostfitter, Heinrich Koch, Beuchte.

Zweierlei Maß einer deutschnationalen Kreistagsmehrheit. In der letzten Sitzung des Wohlauer Kreistages (Schlesien) stand ein Antrag unseres Verbandes auf der Tagesordnung, der im Einvernehmen mit dem Arbeitgeberverband kommunaler Selbstverwaltungen gestellt war und auf Schaffung von Richtlinien für Ruheordnungen der Straßenwärter lautete. Genosse Wittmann (Soz.) hatte beantragt, die Einführung der Ruheord-

nung zu beschließen. Die deutschnationale Mehrheit des Kreistages lehnte diesen Antrag ab. Beschlossen wurde, „von Fall zu Fall“ denjenigen Straßenwägern, die in jahrelanger Treue dem Kreis gedient haben und aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden, eine Zusatzrente zu der Sozialrente zu bewilligen. Also: nicht jeder Straßenwägter hat berechtigten Anspruch auf einen Ruheohn, sondern von Fall zu Fall — will der Kreisauschuß prüfen, ob der auf Ruherente poehende Straßenwägter überhaupt einer solchen würdig ist. Das besagt genug, — hier scheint man dem System der Speichelleckerei und Unterwürfigkeit wieder zur glorreichen Auferstehung zu verhelfen. La haben sich doch die Beamten des Kreises mehr Geltung zu verschaffen gewußt, denn im Punkt 10 der Tagesordnung: Aenderung der Besoldungsordnung für die Kreisbeamten wurde bekannt gegeben, daß auf Grund der Besoldungsordnung vom 1. Oktober 1927 für die Reichs- und Staatsbeamten auch die Dienst- und Ruhegehaltsbezüge der Kreisbeamten neu zu regeln sind. Aber warum man die Regelung dieser Bezüge in anschließender geheimer Sitzung bewerkstelligen will, bleibt uns unverständlich; scheint der Kreistag eine Bekanntgabe über die Eingruppierung der Beamten in die verschiedenen Gehaltsklassen? Oder sollen die Unterschiede in der Höhe des Gehalts der „kleinen zu den großen Beamten“ verringert werden? Letzteres ist doch aber kein Grund zur Geheimniskrämerei.

Aus unserer Bewegung

Erlangen (Bayern). In der Generalversammlung am 6. Januar wurde vom Filialvorstand der Jahresbericht gegeben. Der Mitgliederbestand ist um 44 gestiegen, gegenwärtig 190. Dank und Anerkennung wurde neben der Verwaltung auch dem Einkassierer für seine mustergültige Tätigkeit ausgesprochen. Die Neuwahl ergab mit geringer Aenderung die Wiederwahl der bisherigen Verwaltung. Gauleiter Schmidt, Nürnberg, erstattete dann ein Referat „Rückblick auf das Jahr 1928“. Kollege Hartmann wies dann auf die bayerischen Gemeindevahlen hin, die im Jahre 1929 stattfinden.

Gräfswöhr. In der Generalversammlung am 4. Januar 1929 fand nach eingehender Tätigkeits- und Kassenberichterstattung die Neuwahl des Filialvorstandes statt. Es wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Kollege Johann Rick, Vorsitzender, Lorenz Wagner, Kassierer und Max Dröhl, Schriftführer. — Kollege Kemmer-Nürnberg hielt ein lehrreiches Rückblicksreferat über das Jahr 1928, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Nach Aufnahme einiger neuer Mitglieder wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Neunkirchen (Saar). In der Generalversammlung am 6. Januar gab der Vorsitzende, Kollege Schall, den Geschäftsbericht, aus dem eine gute Entwicklung der Filiale festzustellen war. Besser muß allerdings das Organisationsverhältnis bei den Beamten und Angestellten werden. Die Vorstandswahl ergab: 1. Vorsitzender Schall, 2. Vorsitzender Kremm, Schriftführer Neufchwander.

Schöningen. In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 6. Januar 1929 wurde Stellung genommen zum Lohnabkommen und zu der Frage, ob die Stadterwaltung Mitglied des Arbeitgeberverbandes bleiben soll. Gauleiter Schmidt-Halberstadt und Bürgermeister Wassermann referierten zu dieser Frage, wobei sie nachwiesen, daß es falsch sei, wenn die Stadterwaltung aus dem Arbeitgeberverband austrete. Ein Antrag, der den Austritt verlangte, wurde daraufhin abgelehnt. — Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal, worauf die Neuwahl des Filialvorstandes erfolgte. Gewählt wurden u. a. Kollege Wolter als erster Vorsitzender, Meereis, zweiter Vorsitzender, Maschke, Kassierer, Krause, Schriftführer.

Siegen. In der Mitgliederversammlung am 21. Dezember gab Kollege Kolmann den Tätigkeitsbericht, aus dem insbesondere das außerordentlich gute Organisationsverhältnis der städtischen Werke hervorgehoben werden muß. Kollege Gerbrach von der Gauleitung ging auf die letzte Tarifbewegung ein und gab Aufschluß über die beabsichtigte Einführung einer Invalidenversicherung. Dem zurückgetretenen Kassierer, Kollegen Müller, wurde für seine bisherige Tätigkeit Anerkennung gezollt und an seine Stelle Kollege Rothenzeller als Kassierer bestätigt.

Wölfershim-Södel. In der Generalversammlung am 8. Januar 1929 berichtete Kollege Schmecker, Frankfurt a. M. über den Tarifvertrag. Wir stehen schon längere Zeit vor dem Abschluß, aber in letzter Minute verfruchte der Fabrikarbeiterverband seinen Tarifvertrag hier einzuschleichen. Der Tarifvertrag des Fabrikarbeiterverbandes ist für uns unannehmbar, weil er nicht die Vorteile bringt, welche wir im Tarifvertrag des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes erreichen. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Es wurde ihm auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.